



# Das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919 und seine Bedeutung

HANS HAUTMANN

Vor 90 Jahren, am 15. Mai 1919, verabschiedete die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich das Betriebsrätegesetz (BRG).<sup>1</sup> Das BRG von 1919 war eine substantielle Errungenschaft und ein gewaltiger Fortschritt, der über das, was sich die Arbeiterschaft bis dahin auf Betriebsebene erkämpft hatte, weit hinausragte.

Bis zu dem Zeitpunkt gab es als Interessensvertretung gegenüber dem Unternehmer und der Firmenleitung lediglich die Einrichtung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner. Sie war juristisch *nicht* anerkannt, de facto aber wirksam, weil eine Gewerkschaftsorganisation existierte, die diese Interessen bei Lohnverhandlungen und innerbetrieblichen Fragen wie Arbeitsordnung und gesundheitliche Schutzvorkehrungen wahrnahm. Einen gesetzlichen Rückhalt hatte das System der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner aber in der Zeit der Habsburgermonarchie bis 1918 nicht.

## Historische Vorbedingungen

Es waren in der Hauptsache vier Quellen, aus denen die Betriebsräteidee erfloss: Zum Ersten die gesellschaftliche Gesamtsituation in Österreich und europaweit, als eine massenhaft mobilisierte, radikalisierte, politisierte, nach einer sozialistischen Ordnung strebende Arbeiterklasse an den Grundfesten kapitalistischer Herrschaft rüttelte. Zum Zweiten die katastrophalen Erfahrungen, die die österreichische Arbeiterbewegung in der Zeit des 1. Weltkriegs mit den brutalen Ausbeutungsmethoden der Kapitalisten machen musste; wie sie aussahen, kann in einem jüngst erschienenen Buch des Autors nachgelesen werden.<sup>2</sup> Die dritte Quelle war die große Massenbewegung der Arbeiterräte am Ende der Monarchie und am Beginn der Ersten Republik; und zum Vierten war es die Forderung der Sozialdemokratischen Partei nach der Sozialisierung der Wirtschaft.

Das revolutionäre Zeitalter der Jahre 1917 bis 1920 gebar die Räteidee und

Rätebewegung. „Räte“ in Form von Arbeiterräten, Soldatenräten und manchmal auch Bauernräten nach dem Modell der „Sowjets“ in Russland war und ist der spezifische historisch-politische Begriff für Vertretungsorgane, die sich damals die unteren Sozialschichten selbst schufen. Die Räte kennzeichnete eine neue, nur bei ihnen zu beobachtende Art der Willensbildung, die man als „Rätesystem“ oder „Rätedemokratie“ definierte. Ihr Kernstück war das imperative Mandat, die Maxime permanenter Kontrolle der Gewählten seitens der Wähler, ihrer ständigen Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern und ihrer jederzeitigen Abberufbarkeit durch die Wähler. Die Gewaltenteilung verwerfend, verkörperten sie den Grundsatz der Einheit von Beschlussfassung und Durchführung, der Verschmelzung von legislativer und exekutiver Gewalt und das Prinzip, normengebend und vollziehend zugleich zu sein. Sie verstanden sich als Gegenpol zum parlamentarisch-demokratischen Repräsentativsystem und als potentieller Ablöser des bürgerlichen Staates. Die an seine Stelle tretende Alternative, die „Räterepublik“, sollte auf der Basis einer sozialisierten Wirtschaft die rätedemokratischen Prinzipien verwirklichen.<sup>3</sup>

Die Rätebewegung in der Endphase des Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren war eine internationale Erscheinung. Organisationen ihres Typs gab es, für kürzere oder längere Zeit und mehr oder weniger entwickelt, außer in Russland noch in Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Polen, Finnland, der Tschechoslowakei, den Niederlanden, England, Norwegen und Luxemburg. Eine realpolitisch wirksame Bedeutung erlangten die Räte aber nur in vier Ländern: in Russland, Deutschland, Österreich und Ungarn.

In Österreich entstanden die Arbeiterräte während des größten Massenstreiks, den unser Land je erlebte, während des Jännerstreiks 1918, und sie existierten bis 1924. Der Schwerpunkt

ihrer Betätigung lag 1919/1920 auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, im Streben, die drückende materielle Not der Massen durch „proletarische Selbsthilfe“ zu lindern: bei der Aufbringung der Lebensmittel, im Kampf gegen Schleich- und Kettenhandel, Schiebertum, Verheimlichung von Vorräten, Wucher und Preistreiberei, weiters im Wohnungswesen, bei der Verkehrs- und Waffenkontrolle und im Fürsorge- und Gesundheitswesen.

Die Arbeiterräte waren eine wirkliche Massenorganisation, die es bis in die kleinsten Ortschaften gab. Ihr Unterschied zu den 1919 gleichzeitig geschaffenen Betriebsräten bestand darin, dass sie ihre politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten *außerhalb* der Fabriktore erfüllten und zu erfüllen hatten, sie also in das innerbetriebliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und Unternehmern und Belegschaften *nicht* eingriffen. Deshalb zielte man von Seiten der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsführung darauf ab, solche Organe in Form der Betriebsräte zu schaffen.

## Der Inhalt des Betriebsrätegesetzes

Was waren die wesentlichen Bestimmungen des BRG von 1919? Zehn Punkte sind hier zu nennen:

- 1) Die Betriebsräte sind berufen, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter und Angestellten *im Betrieb* wahrzunehmen und zu fördern.
- 2) Die Betriebsräte haben in Betrieben, wo *Kollektivverträge* bestehen, deren Durchführung und Einhaltung unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu überwachen.
- 3) Die Erlassung oder Änderung der *Arbeitsordnung* darf nur mit Zustimmung der Betriebsräte erfolgen.
- 4) Der Betriebsrat hat das Recht, die Durchführung und Einhaltung aller *Arbeiterschutzesetze*, die auf den Betrieb Anwendung finden, zu überwachen und erforderlichenfalls die zuständigen Aufsichtsbehörden anzurufen.



Otto Bauer (1881–1938)

- 5) Der Betriebsrat hat an der *Aufrechterhaltung der Disziplin* im Betrieb mitzuwirken.
- 6) Der Betriebsrat kann die *Lohnlisten und Lohnauszahlungen* kontrollieren.
- 7) Der Betriebsrat kann an der *Verwaltung aller Wohlfahrtseinrichtungen* des Betriebes teilnehmen.
- 8) Dem Betriebsrat steht das Recht der *Anfechtung von Kündigungen* zu, die aus politischen Gründen erfolgt sind.
- 9) Der Betriebsrat hat das Recht, *alljährlich die Vorlage einer Bilanz*, eines Gewinn- und Verlustausweises und einer lohnstatistischen Aufstellung zu verlangen, und
- 10) Der Betriebsrat hat in Unternehmen, die nach der Rechtsform der Aktiengesellschaft gebildet sind, den Anspruch auf *Entsendung von zwei Vertretern in den Verwaltungsrat (Aufsichtsrat)*.<sup>4</sup>

Wo überall konnte das Gesetz wirksam werden?

Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten waren nach dem Gesetzestext von 1919 in allen fabrikmäßigen sowie in allen anderen Betrieben mit *mindestens 20 Arbeitern und Angestellten* in geheimer Wahl zu wählen. Und Betriebsräte waren nicht nur in Unternehmen der Industrie, des Bergbaus, des Handels und Gewerbes, sondern auch in Betrieben des Personen- und Güterverkehrs, in Banken und Sparkassen, in Versicherungsanstalten jeder Art, in Post-, Telegraf- und Telefonbetrieben, in Rechtsanwaltskanzleien, in Hotels, Pensionen, Gast- und Schankbetrieben usw. einzurichten.

### Auseinandersetzungen: Unternehmer

Klarerweise gab es gegen das BRG mit diesen für die damalige Zeit so ein-

schneidenden Bestimmungen Widerstände. Sie kamen, was nicht weiter verwunderlich ist, von Unternehmerseite, aber interessanterweise auch von Seiten der Gewerkschaften. Die Argumente der Fabrikherren und Firmenchefs liegen auf der Hand und haben sich im Lauf der 90 Jahre des Bestehens der Einrichtung der Betriebsräte wenig geändert. Dazu aber noch Näheres an anderer Stelle.

Wichtig in dem Zusammenhang ist, dass es den bürgerlichen Parteien bei der Verabschiedung des BRG im Parlament 1919 gelang, zwei Veränderungen am ursprünglichen Entwurf durchzusetzen. Der Entwurf, im Wesentlichen von Otto Bauer in seiner Eigenschaft als Präsident der Sozialisierungskommission ausgearbeitet, sah nämlich vor, dass Betriebsräte in Betrieben mit wenigstens *zehn* Arbeitern oder Angestellten errichtet werden sollten. Das Gesetz bestimmte mindestens *zwanzig* Arbeiter oder Angestellte, was die in Österreich traditionell nicht wenigen Klein- und Zwergbetriebe und die Kleinunternehmer in die Lage versetzte, weiterhin ohne Betriebsräte agieren zu können. Ferner sollten nach dem Entwurf Betriebsräte auch in Betrieben der *Land- und Forstwirtschaft* errichtet werden, wenn dort mindesten *zwanzig* Arbeiter oder Angestellte beschäftigt waren. Das endgültige Gesetz ließ wegen des Widerstandes der christlichsozialen Agrarier diese Bestimmung fallen und klammerte die Institution der Betriebsräte für den gesamten Bereich der Land- und Forstwirtschaft aus.

In einer zeitgenössischen Publikation der österreichischen Sozialdemokratie hieß es dazu: „Erst als die *entschiedenen Erklärungen der Genossen Bauer und Eldersch* den bürgerlichen Parteien klarmachten, dass sie, wenn sie sich in der Sozialisierungsfrage geschlossen gegen die Sozialdemokraten wenden, auch die Regierung allein übernehmen mögen, erst als der *Vollzugsausschuss der Arbeiterräte* die bürgerlichen Parteien auf das Entschiedenste warnte, ihre verbrecherischen Pläne, die Sozialisierungsvorlagen in irgendeiner Weise im Sinne der Profitinteressen des Kapitals zu verändern oder auch nur die Verhandlungen zu verschleppen, fortzusetzen – erst dann gelang es, die Verhandlungen unter geringeren Widerständen weiterzuführen – unter lauten Protesten der Bürgerlichen über den ‚Terror‘ und den Einfluss von außen allerdings. *Als ob die Vertreter der Bürgerlichen nicht unter dem ständigen Einfluss von außen gestanden wären, freilich nicht unter dem von ungeheuren zielbe-*

*wusst arbeitenden Klassen, sondern von verschiedenen industriellen Vereinigungen und gewerblichen Verbänden*, die in der Tatsache, dass der Unternehmer nicht mehr Alleinherrscher in der Fabrik sein sollte, schon die Gefährdung und schwerste Erschütterung des Wirtschaftslebens erblickten. So wusste am 15. Mai (1919, H.H.) die Tagespresse zu berichten:

*„Die großdeutschen Abgeordneten finden in ihrer ablehnenden Haltung gegen das Betriebsrätegesetz eine sehr kräftige Unterstützung bei zahlreichen Industriellen und gewerblichen Körperschaften, die im Laufe des gestrigen und heutigen Tages durch mehrere Abordnungen im Parlament gegen eine übereilte Erledigung des Gesetzes Einsprache erheben ließen, da die Gesetzwerdung des Kompromissentwurfes eine schwere Gefährdung unserer Volkswirtschaft bedeute.“*<sup>5</sup>

### Auseinandersetzungen: Gewerkschaften

Die Bedenken der Gewerkschaften waren anderer Art. Sie mutmaßten, durch die Institution der Betriebsräte künftig „überflüssig“ zu werden und forderten, dass deren Tätigkeitsgebiet genau abgegrenzt werden solle. Die Gewerkschaften befürchteten, dabei durchaus berechtigt, dass so etwas wie ein Betriebsegoismus entstehen könnte, und es ergaben sich auch Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung der Kompetenzen der Gewerkschaften von jenen der Betriebsräte. Anfangs gingen nicht wenige Betriebsräte von der Anschauung aus, dass nur ihnen die Aufgabe zukomme, Vereinbarungen über Löhne zu treffen; dass die Durchführung von Lohnbewegungen nur ihnen unterstehe; dass Personalfragen wie die Aufnahme oder Entlassung von Belegschaftsmitgliedern auch ihnen zustünden und dergleichen mehr.

Diese Gefahr war bei einem Rivalitätskampf zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften sicherlich vorhanden, und die Gewerkschaftsführung wies richtigerweise darauf hin, dass zwar in einzelnen Fällen die Betriebsräte eines Betriebes in der Lage wären, durch eigenmächtiges Vorgehen etwas günstigere Bedingungen zu erzielen, als die Gewerkschaft durchsetzen kann, dass aber solche Sondervorteile nur mit der Schwächung der übrigen Arbeiterschichten erkaufte werden würden und daher auf die Dauer unhaltbar seien. Dass also *Solidarität* das oberste Prinzip sein müsse und dass die Einrichtung der Betriebsräte diese Solidarität innerhalb des Berufes bzw. des Industriezweiges nicht unterminieren darf.<sup>6</sup>

Das endgültige Gesetz nahm auf diese Bedenken Rücksicht und bestimmte, dass die Betriebsräte stets im Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu handeln hätten.

### Betriebsräte und Sozialisierung

Das BRG von 1919 sollte nach Auffassung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer die absolute Herrschaft des Unternehmers beenden und nach einem Ausspruch von Ferdinand Hanusch, dem damaligen Staatssekretär für soziale Fürsorge, die „absolute Monarchie des Fabrikherrn in eine konstitutionelle“ umwandeln.<sup>7</sup> Das war in den Augen der damaligen austromarxistischen Führer, besonders von Otto Bauer, gleichbedeutend mit dem ersten Schritt in Richtung Sozialismus.

Otto Bauers Meinung zufolge sollten die Betriebsräte die gesetzliche Grundlage der *Erziehung der Arbeiter* in volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen sein, und er schrieb damals:

„Nur in allmählicher Entwicklung, allmählicher Selbsterziehung in der Praxis der Betriebsratstätigkeit wird die Arbeiterschaft aus ihrem Schoße einen Stab geschulter Vertrauensmänner hervorbringen können, der zur vollen Ausnutzung der neuen Institution befähigt sein wird. Diese Selbsterziehung der Arbeiterschaft in der und durch die Betriebsratspraxis schafft aber erst die *Voraussetzungen einer sozialistischen Produktionsverfassung*.“<sup>8</sup>

Wie man sieht, hat die Sozialdemokratie damals mit den Betriebsräten ein großes Konzept im Auge gehabt, das über die Wahrnehmung bloß innerbetrieblicher Interessen weit hinausging. Das BRG 1919 war Bestandteil der Sozialisierungsbestrebungen insgesamt. Was verstanden Otto Bauer und die damalige Sozialdemokratie darunter?

Erstens sollte die Sozialisierung der Groß- und Schwerindustrie durch Enteignung der bisherigen Eigentümer beginnen. Die Entschädigungssumme sollten aber nicht der Staat oder die Volksmassen aufbringen, sondern die Gesamtheit der Kapitalisten und Grundeigentümer über eine progressive Vermögensabgabe.

Das ist der erste Unterschied zwischen Verstaatlichung, wie sie nach 1945 in Österreich geschah, und Sozialisierung.

Zweitens sollte die sozialisierte Industrie von einem Verwaltungsrat geleitet werden, bestehend a) aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe, b) den Vertretern der Konsumenten, und c) den Vertretern des Staates. Dieser

Verwaltungsrat sollte die Direktoren ernennen, die Warenpreise festsetzen, die kollektiven Arbeitsverträge mit den Gewerkschaften abschließen, über den Reingewinn verfügen und die Investitionen lenken. Andere Produktionszweige (größere Betriebe der Leicht- und Konsumgüterindustrie sowie des Handels) sollten ebenfalls enteignet und Konsumvereinen, Genossenschaften und Gemeinden in sozialisierter Form verpachtet und zur Verwaltung übertragen werden. Durch die Zentralisierung aller sozialisierten Betriebe beim Ankauf und der Zuteilung der Rohstoffe, der Regelung des Produktionsumfanges und der Preisfestsetzung sollten, wie Otto Bauer schrieb, „der Gesellschaft die Kosten des Konkurrenzkampfes zwischen den Unternehmern“ erspart werden.<sup>9</sup>

Darin liegt der zweite Unterschied zwischen Sozialisierung und bloßer Verstaatlichung.

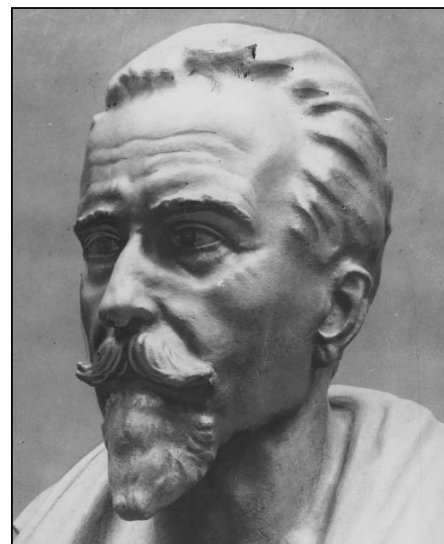
Drittens sollte durch die Sozialisierung der Banken und deren Verschmelzung zu einer nationalen Zentralbank, die über die Kapitalien der gesamten Gesellschaft verfügt und entscheidet, welchen Produktionszweigen diese Kapitalien zugeführt werden, die kapitalistische Anarchie überwunden werden. Otto Bauer schrieb: „Der Verwaltungsrat der nationalen Zentralbank wird zur obersten wirtschaftlichen Behörde, zum höchsten leitenden Organ der ganzen Volkswirtschaft. Erst durch die Sozialisierung der Banken gewinnt die Gesellschaft die Macht, ihre Arbeit *planmäßig* zu leiten, *planmäßig* auf die einzelnen Zweige der Produktion zu verteilen, *planmäßig* dem Bedarf des Volkes anzupassen.“<sup>10</sup>

Hier, in der Forderung nach der Planwirtschaft, haben wir den dritten Unterschied zwischen Sozialisierung und Verstaatlichung.

Vergegenwärtigt man sich das, wird offenkundig, welcher himmelweiter Unterschied zwischen dem früheren Reformismus klassischer Prägung und dem Agieren eines Vranitzky, Verzetnitsch, Klima, Gusenbauer, Hundstorfer, Faymann usw. klafft, die unter der Flagge der „Reform“ im Wind jener segeln, die damit die Kürzung von Sozialleistungen und die Abschaffung einstens erkämpfter wirklicher Reformen sowohl meinen als auch emsig betreiben.

### Methoden der Umgehung des Betriebsrätegesetzes

Wie verhielten sich die Unternehmer damals gegenüber der neuen Institution der Betriebsräte und mit welchen Mitteln



Ferdinand Hanusch (1866–1923).  
Büste beim Republikdenkmal von Mario Petrucchi nach einem Entwurf von Carl Wollek.

trachteten sie das BRG zu durchlöchern oder zu umgehen?

Eines der Standardargumente von ihnen war, dass sich nun zwischen das „gute Verhältnis“ zwischen Industrie und Gewerkschaften ein unberechenbarer „dritter Faktor“ einschieben würde. Man sagte, dass das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Belegschaft ja doch tadellos sei und zu keinen Klagen Anlass gäbe, Betriebsräte also die gute Atmosphäre in der Firma nur stören würden.

Klingt vertraut in unseren Ohren. Überhaupt ist die Kapitalistenklasse recht phantasielos, wenn es um das Wehklagen über „Belastungen“ wie das „Aufdrängen“ von Betriebsräten, Lohnforderungen, „zu hohe Lohnnebenkosten“ etc. geht. Ferdinand Hanusch sagte dazu einmal sehr treffend:

„Es gab noch keine Zeit, in der über die sozialpolitischen Lasten nicht gejammert wurde. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch die ganze bürgerliche Presse jammert, die Volkswirtschaft könne sich nicht wieder erheben, die sozialen Lasten erschlugen die Industrie. Auch die gegenwärtige Regierung hat sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht, die Volkswirtschaft stehe an der Schneide, noch ein kleines Quentchen Belastung, und sie gehe dem Untergang entgegen.“<sup>11</sup>

Zwischen Unternehmern und Betriebsräten gab und gibt es aber in der Regel Meinungsverschiedenheiten und Konflikte. Und die Institutionen, die darüber seinerzeit spruchmäßig zu entscheiden hatten, waren die ebenfalls 1919 geschaffenen staatlichen Einigungsämter. Sie hielten sich in vielen Fällen an das, was der Hauptverband der Industrie in



Franz Domes (1863–1930)

einem Rundschreiben an die Unternehmer am 17. November 1921 empfahl. Darin hieß es: „Das Betriebsrätegesetz ist strikte und *einschränkend* auszulegen.“<sup>12</sup> Wobei die Betonung auf „einschränkend“ lag. Das bedeutete, dass die Vorsitzenden der Einigungsämter und vielfach auch deren Senatsmitglieder Sprüche in unternehmerfreundlichem Sinn fällten, sich auf den Standpunkt ihrer früher uneingeschränkten Herrenrechte im Betrieb stellten und das BRG so auslegten, dass möglichst willfährige Betriebsräte zustande kommen sollten.

Am meisten aufgeregt hat man sich aber über die Bestimmung des ursprünglichen Entwurfs des BRG, wonach die Betriebsräte das Recht haben sollten, die Vorlage von Geschäftsberichten und Rechnungsabschlüssen zu verlangen. Wegen des Widerstandes der bürgerlichen Parteien im Parlament musste hier der Kompromiss geschlossen werden, dass die Vorlage der Bilanzen, des Gewinn- und Verlustausweises und einer lohnstatistischen Aufstellung im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die *alle* Betriebe dazu verpflichtete, auf Handelsunternehmungen *mit mindestens 30 Angestellten* und auf Industrieunternehmungen beschränkt wurde.

Trotzdem ging auch dieser Kompromiss den Unternehmern schwer auf die Nieren, und sie erwirkten von den Einigungsämtern Sprüche wie: „Der Unternehmer ist nicht verpflichtet, dem Betriebsrat Auskünfte über die Grundlagen der Bilanz (Einsicht in die Betriebskonten) zu gewähren.“ Und ferner: „Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, Auskünfte über Kredite, flüssige Geldmittel, Geschäftsaufträge und Geschäftsaussichten des Unternehmers zu verlangen.“<sup>13</sup>

Die Gewerkschaften haben damals die wahren Ursachen für diese Verweigerung klar durchschaut und dagegen gehalten, dass gerade die Unkenntnis über solche internen Unterlagen den Betriebsräten die Möglichkeit nimmt, dem Abbau von Löhnen und Arbeitskräften entgegenzuwirken und den Gegenbeweis zu erbringen. Und dass die Unternehmer befürchteten, dass tüchtige Betriebsräte dadurch in die Lage kämen, den Nachweis eines zwar immer bestrittenen, aber doch vorhandenen satten Gewinns zu liefern, wodurch ihre dauernden Klagen über zu hohe Löhne widerlegt werden könnten.

Ein anderer Trick wurde bei der Umgehung der gesetzlichen Bestimmung der Vertretung der Betriebsräte im Verwaltungsrat/Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften angewandt, über die man sich ebenfalls sehr alterierte. Der Hebel dafür war die Tatsache der Überfremdung der österreichischen Industrie durch ausländisches Kapital. Man ging daher so vor, dass man Verwaltungsratsitzungen im *Ausland* stattfinden ließ und den Betriebsräten die Teilnahme an solchen Sitzungen damit verunmöglichte. Entscheidend war aber, wo der *Firmensitz* lag, und nicht der Sitz des Mutterkonzerns oder der ausländischen Bank, die diese Firma in Österreich beherrschte. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat damals völlig richtig darauf hingewiesen, dass bei ausländischen Gesellschaften dann eigentlich das Recht der Zulassung in Österreich verwirkt ist, wenn sie sich den bestehenden Gesetzen, darunter dem BRG, nicht unterwerfen.

### Bilanz

Abschließend soll aber noch einmal das Entscheidende hervorgehoben werden, die Tatsache nämlich, dass Österreich hier weltweit eine Vorreiterrolle zukam, auf die man stolz sein darf. Unser Betriebsrätegesetz war das *erste Gesetz dieser Art in der kapitalistischen Welt*. Die Unternehmer beugten sich damals aus Angst vor einem möglichen Nachvollziehen des Beispiels der im Frühjahr 1919 in Ungarn und München errichteten Räterepubliken schwerwiegenderen Eingriffen in ihre Herrenrechte, als dies bei späteren Betriebsrätegesetzen anderer Staaten, beispielsweise 1920 in Deutschland und 1921 in der Tschechoslowakei, der Fall war.

Die Einrichtung der Betriebsräte kommt uns heute als etwas Selbstverständliches und Unantastbares vor. Vor einem solchen Glauben muss man war-

nen. Seit es im Gebäck des kapitalistischen Systems wieder einmal ordentlich kracht, also seit Herbst vorigen Jahres, und man die Krise bereits mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 vergleicht, ist *alles* wieder möglich, auch der Versuch, die Rechte der Betriebsräte zusammenzustutzen oder sie gar ganz abzuschaffen. Solche Vorstöße hat es bereits gegeben. Und wenn man in die Geschichte zurückblickt, zeigt sich, dass ein Mussolini in Italien, ein Dollfuß in Österreich, ein Hitler in Deutschland und all die anderen Machthaber diktatorischer Regimes in der Zwischenkriegszeit als einen ihrer ersten Schritte die Betriebsräte beseitigten und das Führer-Gefolgschaftsprinzip in den Betrieben wieder etablierten.

En passant bemerkt verdeutlicht das die eigentliche soziale Funktion faschistischer Regimes, nämlich im Interesse der Kapitalmächtigen den „Klassenkampf zu überwinden“.

Es heißt also wachsam sein. Der Arbeiterbewegung sind ihre Rechte noch niemals geschenkt worden, sie hat sie sich in langen und schweren Kämpfen erringen müssen. Das Betriebsrätegesetz, das nach den Jahren des grünen und braunen Faschismus von 1934 bis 1945 wieder zum Grundbestand des Arbeitsrechts in der Zweiten Republik wurde und bis heute geblieben ist, gehört zu diesen Errungenschaften, die mit Zähnen und Klauen verteidigt werden müssen.

### Anmerkungen:

1/ Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich (StGBl.), Jg. 1919, Nr. 283.

2/ Hans Hautmann (Hg.), „Wir sind keine Hunde“. Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien. Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“, Wien 2009 = Alfred Klahr Gesellschaft. Quellen & Studien, Sonderband 11.

3/ Hans Hautmann, Die Arbeiter- und Soldatenräte, in: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933. Hg. von Tálos/Dachs/Hanisch/Staudinger, Wien 1995, S. 245.

4/ StGBl., Jg. 1919, Nr. 283. Weiters: Julius Braunthal, Die Sozialpolitik der Republik, Wien 1919, S. 44f.; Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme, 1. Band, Wien 1951, S. 560f. Hervorhebungen H.H.; Hans Hautmann, Ferdinand Hanusch – der Staatssekretär (30. Oktober 1918 bis 22. Oktober 1920), in: Ferdinand Hanusch (1866–1923). Ein Leben für den sozialen Aufstieg, hg. von Otto Stainingger im Auftrag der österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik = Schriftenreihe des Ludwig-Boltz-

# „Er starb für Österreichs Freiheit“

Zur 65. Wiederkehr des Todes von Josef Angermann

WILLI WEINERT

Vor dem Sommer 2008 berichtete ein Wiener Wochenmagazin über Archivfunde betreffend Wiener Gestapobeamte. In diesem Zusammenhang kam auch die Sprache auf Josef Angermann, der in der Gestapohaft Selbstmord verübt hat. Dieser Artikel war auch der Anlass, sein Grab ausfindig zu machen. An einem sonnigen Herbsttag suche ich mit einem Zettel in der Hand den Meidlinger Friedhof auf, weil sich dort laut „Grabstellenfinder“ im Internet das Urnengrab WH-M-28 befindet, das – wie ich ebenso der Internet-Information entnehmen konnte – auf „Friedhofsdauer“ gewidmet ist, d.h. nicht Gefahr läuft, einfach zu verschwinden. Passiert ist das leider schon mit einigen Gräbern auf Wiener Friedhöfen, in denen die sterblichen Überreste von hingerichteten Widerstandskämpfern seinerzeit beerdigt wurden.

Von der Eibisbrunner Straße in der Nord-Süd-Richtung durchschnitten, zerfällt der Friedhof in zwei Teile, von dem der eine einen streng nach Kreissektoren strukturierten Grundriss hat (es ist der neue, 1862 eingeweihte Teil), während der andere, ältere Teil – er gehört zu den ältesten Friedhöfen Wiens und seine Einweihung geht auf das Jahr 1807 zurück – eine oft auf Friedhöfen anzutreffende, größtenteils rechtwinkelige Unterteilung aufweist.

Im Urnenhain, er befindet sich im neuen Teil, findet sich an der Urnenwand eine Gedenktafel für die Opfer der Februartkämpfe. Sie wurde am 12. Februar 1954, von der SPÖ Meidling gestiftet,

enthüllt. Doch nicht nur zwei Februartkämpfer wurden in der Urnenwand bestattet, sondern auch der bereits am 29. Oktober 1939 im KZ Buchenwald ermordete Sozialdemokrat Julius Weiss, wie man dem Standardwerk über die antifaschistischen Gedenkstätten in Wien entnehmen kann (Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Wien 1998). Den Namen Angermann und einen Hinweis auf sein Grab sucht man aber in diesem Buch vergeblich.

## Wer war Josef Angermann?

In Innsbruck am 25. Oktober 1912 als erster Sohn von Josef (geb. am 16. März 1877 Seckau/Stmk.) und Marie (geb. Hulik) geboren – die beiden lebten dort in der Gabelsbergerstraße 33 und hatten am 17. September 1910 geheiratet –, kam Josef Angermann später mit seinen Eltern nach Wien, wo er das Schriftsetzerhandwerk erlernte. Am 24. September 1918 wurde sein Bruder Otto ebenfalls in Innsbruck geboren.

Politisch wandte sich Josef Angermann jun. Anfang der 1930er Jahre der KPÖ zu. Laut Polizeiunterlagen wurde er bereits 1933 „wegen Betätigung für die KPÖ zu 14 Tagen Arrest verurteilt“. Als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes beteiligte er sich an den Februartkämpfen 1934 und wurde in deren Folge zu zehn Monaten Kerker verurteilt. Kaum entlassen, erhielt er wegen Betätigung für die KPÖ 1935 drei Monate Arrest und kam im Oktober 1935 für zwei Monate ins Anhaltelager Wöllersdorf.

Am Jahresende verließ er Österreich in Richtung ČSR und ging von dort 1936 für ein Jahr an die *Internationale Leninschule* nach Moskau. Von der Komintern betrieben, wurden an ihr kommunistische Kader ausgebildet, die – aus allen Teilen der Welt kommend – dort studierten. Danach holte ihn die Parteiführung der KPÖ nach Paris, wohin sie nach der Besetzung der ČSR ihren Sitz verlegt hatte. Hier war er für die Redaktion der *Roten Fahne* tätig, die auf illegalem Weg nach Österreich transportiert wurde. Zweimal begab er sich nach der Annexion 1938 als Instruktor nach Wien und agierte unter den I-Namen „Leo Holzer“ und „Karl Wendl“. In Wien arbeitete er auch kurz bei der Firma Karl Rabek (8., Wickenburggasse 13) und wohnte gleichsam ums Eck als Untermieter in der Laudongasse 2/20.

Die Gestapo, der Angermann durch die von den austrofaschistischen Behörden übernommenen Unterlagen als Kommunist bekannt war, hatte bereits ein Arbeitsverbot über ihn in so genannten „geschützten“, d. h. kriegswichtigen Betrieben verfügt. Bei der Besetzung Frankreichs durch Hitlerdeutschland war er in Paris und wurde interniert. Am 12./13. Dezember 1940 wurde er von der deutschen Sicherheitspolizei in Metz (Frankreich) verhaftet und in das KZ Dachau überstellt. Nach einem halben Jahr wurde er am 10. Juni 1941 entlassen. Er wurde nach Wien gebracht, wo ihn die Gestapo vom 28. Juni bis zum 18. Oktober 1941 in Haft hielt und erkennungsdienstlich erfasste, d.h. seine Fingerabdrücke abnahm und Polizeifotos anfertigte.

## Zur Roten Armee übergelaufen

Bald danach wurde er eingezogen und kam im April 1942 an die Ostfront, wo es ihm im September 1942 gelang, zur Roten Armee überzulaufen. Es dauerte nicht lange, bis die Parteileitung der KPÖ, die nach der Besetzung Frankreichs ihren Sitz von Paris nach Moskau verlegt hatte, von seinem Überlaufen Kenntnis erhielt. In Absprache mit Georgi Dimitroff, dem Sekretär der *Kommunistischen Internationale*, wurde Angermann für einen Einsatz in Österreich akzeptiert. Im Mai 1943 sprang er mit einer Funkstation über Österreich ab und

➔ mann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 3, Wien 1973, S. 89f.

5/ Politisches Handbuch, Verlag des sozialdemokratischen Parteisekretariats, Wien 1920, S. 237. Hervorhebungen im Original.

6/ *Die Gewerkschaft. Organ der Gewerkschaftskommission Österreichs*, Nr. 16 vom 22. April 1919; siehe auch das Schlusswort von Franz Domes auf dem Gewerkschaftskongress 1919, in: Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den ersten deutschösterreichischen (achten österreich.) Gewerkschaftskongress in Wien 1919. Protokoll des ersten deutschösterreichischen (achten österr.) Kongresses der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs. Abgehalten vom 30. November bis zum 4. Dezember 1919 in Wien, Wien o.J. (1920), S. 407.

7/ F. Klenner, a.a.O., S. 562.

8/ Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, Wien 1923; Neuauflage mit einem Geleitwort von Ernst Winkler, Wien 1965, S. 184. Hervorhebung H.H.

9/ Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, Wien 1919, S. 11.

10/ Ebenda, S. 27. Hervorhebungen H.H.

11/ Sozialpolitik in Österreich 1919 bis 1923. Referat des Abgeordneten Ferdinand Hanusch auf dem Zweiten österreichischen Gewerkschaftskongress. Mit einem Anhang über die Entwicklung der Sozialpolitik in Österreich nach dem Kriege von Richard Fränkel, hg. von der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs, Wien 1923, S. 4.

12/ Ebenda, S. 19.

13/ Ebenda, S. 20.

## 9. Gedenkfahrt nach Engerau

zur Erinnerung an die ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau (in Bratislava) im März 1945

Am 29. März 1945 wurden die für Schanzarbeiten beim Bau des so genannten „Südostwalls“ in Engerau internierten, durch Hunger und Krankheit gesundheitlich schwer gezeichneten ungarischen Juden vom Lager Engerau in einem Todesmarsch über Wolfsthal und Hainburg zur Donau bei Bad Deutsch-Altenburg getrieben, wobei mehr als hundert Menschen durch Entkräftung zu Tode kamen oder erschlagen bzw. erschossen wurden. Ein großer Teil der Lagerinsassen kam bereits vor der Evakuierung des Lagers ums Leben oder wurde von der Wachmannschaft ermordet.

### Programm

9.30 Gedenkkundgebung beim Mahnmal für die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter auf dem Friedhof Petržalka (Engerau)/Bratislava

11.00–12.30 Fahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers Engerau in Petržalka

14.45 Gedenkkundgebung beim Gedenkstein für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter auf dem Friedhof von Bad Deutsch-Altenburg und im Kurpark von Bad Deutsch-Altenburg

16.00–16.30 Gedenkveranstaltung bei der Gedenkstätte für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter auf dem Friedhof von Bruck/Leitha

16.30–17.20 Empfang der Stadtgemeinde Bruck/Leitha

Historische Einleitung und Begleitung: Dr. **Claudia Kuretsidis-Haider**  
Zeitzeugenbericht: Prof. Dr. Jonny Moser, Ansprachen u.a. von Dr. Irmtraut Karlsson, Dr. Eleonore Lappin, Dr. Peter Salner, Univ.-Prof. Dr. Szabolcs Szita

### Sonntag, 29. März 2009

Abfahrt: 8.00, Rückkehr: ca. 18.00  
Treffpunkt: Praterstern, 1020 Wien (Dr. Richard-Bushaltestelle)  
Unkostenbeitrag: 11.– Euro

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315  
[nachkriegsjustiz@hotmail.com](mailto:nachkriegsjustiz@hotmail.com)  
Infos: [www.nachkriegsjustiz.at](http://www.nachkriegsjustiz.at)

hatte bei Genossen Hans Wultsch seine erste Anlaufstelle.

Mitte Juni 1943 berichtete die Gestapo, „dass kommunistische Parteigänger Quartiere für Fallschirmagenten suchen, die in Wehrmachtsuniform aus sowjet-russischen Flugzeugen im Rücken der deutschen Linien abgesetzt worden waren und in Wien zum Einsatz gelangen sollten. Im Zuge der sofort durchgeführten umfangreichen Ermittlungen wurde festgestellt, dass es sich bei den Fallschirmagenten um den Schriftsetzer Josef Angermann [...] handelt.“

Nachdem er sich vorerst einer Verhaftung entziehen konnte – sein ehemaliges Quartier in der Laudongasse hat er nicht mehr betreten und auch die dortige Haus-suchung blieb erfolglos, wurde er am 15. Juni 1943 verhaftet. Er hat sich seiner Festnahme nach Kräften widersetzt und von seiner Pistole Gebrauch gemacht, doch hat die Waffe, anscheinend wegen eines Munitionsfehlers, versagt.

Zuvor hatte die Gestapo bereits seinen Vater, einen alten sozialdemokratischen Eisenbahner, der in Wien-Meidling, Eichenstraße 15/9, mit seiner zweiten Frau Maria (geb. Groppenberger, 22. Juli 1887 Wien) wohnte, verhaftet. Man brachte ihn in die „Lisl“ (Polizeigefangenenhaus auf der Roßauerlände – bis 1920 „Elisabethpromenade“ – in Wien), wo er bis zum 13. Oktober zur Verfügung der Gestapo blieb. Dann schien der damals schon 66-jährige Mann für sie uninteressant geworden zu sein und sie deportierten ihn ins KZ Dachau. Angermann sen. überlebte das Lager. Ende Mai 1945 schrieb der Rechtsanwalt Dr. Napoleon Bihary (13., Bossigasse), aus Deutschland kommend, an Frau Maria Angermann eine Postkarte, dass sie ihr Mann herzlichst grüße und „die schwere Zeit überstanden“ habe. Wenige Wochen später, am 4. Juli 1945, kehrte er tatsächlich nach Wien zurück, doch waren die Monate der Haft nicht spurlos an ihm vorüber gegangen; er starb, wenige Tage nach seinem 69. Geburtstag, am 27. März 1946.

### Die Gruppe Sanitzer

Für die so genannten „Funk- und Fallschirmagenten“ war in der Wiener Gestapo die Abteilung IVA2 unter Johann Sanitzer zuständig. Vor Angermann, Anfang 1943, war u.a. schon das Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ Hermann Köhler, aus Moskau kommend, über Österreich abgesprungen und im März von der Gruppe Sanitzer verhaftet worden. Nach ihm kamen Gregor Kersche



Josef Angermann (1912–1944)

mit Hilde Mraz und Aloisia Soucek, sowie Vater und Sohn Rakwetz, die beide den Vornamen Theodor trugen (sie wurden, da sie sich Sanitzers Funkspielen verweigerten, ins KZ Mauthausen gebracht und im Oktober 1944 ermordet). Ihnen allen war nur eine kurze Zeitspanne beschieden, bevor sie der Gestapo in die Hände fielen.

Das Interesse Sanitzers und sein Bestreben, die Genossen „umzudrehen“ und für so genannte „Funkspiele“ mit der Zentrale in Moskau zu gewinnen, war groß. Mittel waren ihm alle recht, und die Folter gehörte dazu. Sie musste bei Angermann heftig gewesen sein, denn er entriss im Gestapokeller am Morzinplatz einem Beamten sein Bajonett und stieß es sich mehrmals in den linken Halsbereich. An den Verletzungen verstarb er am 8. Jänner 1944.

Die Leiche wurde eingäschert und die Urne der Stiefmutter übergeben. Sie durfte die Urne in dem Urnengrab der Familie, in dem die erste Frau Marie lag, beisetzen, doch mit der Auflage, dies nicht auf der Gedenktafel zu verzeichnen. Auch in den Aufzeichnungen der Friedhofsverwaltung wird unter dem Beisetzungsdatums vom 1. Februar 1944 vermerkt: „N.N. – Urne aus KZ?“. Bis zum heutigen Tag scheint Josef Angermann jun. namentlich nicht in den Unterlagen des Friedhofs auf, wiewohl er in diesem auf Friedhofsdauer gewidmeten Urnengrab beigesetzt wurde und sein Name auf der Steinplatte festgehalten ist.

Seinen Sohn Max, den er mit der ersten Frau von Erwin Zucker-Schilling während seines Aufenthalts in Moskau gezeugt hat, hat er nie gesehen. Er lebt heute unter dem Mädchennamen seiner Mutter in Wien.

# Dorothy Hodgkin–Crowfoot

Chemikerin, Friedenskämpferin und Vorsitzende der Pugwash–Bewegung und Österreich

GERHARD OBERKOFLER

Am 18. April 1983 wurde als erste Frau eines naturwissenschaftlichen Faches Dorothy Hodgkin–Crowfoot (1910–1994)<sup>1</sup> in die Kurie Wissenschaft des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst aufgenommen.<sup>2</sup>

Hodgkin wurde für die Chemie in sehr jungen Jahren gewonnen. Ein für die Schuljugend von William Henry Bragg (1862–1942), der die physikalische Methode zur Bestimmung von Kristallstrukturen auf der Basis von Röntgenbeugung 1913 erstmals entwickelt und gemeinsam mit seinem Sohn William Lawrence Bragg (1890–1971) für „Verdienste um die Erforschung der Kristallstrukturen mittels Röntgenstrahlen“ den Nobelpreis erhalten hatte, geschriebenes Buch „Concerning the Nature of Things“ (London 1925) hat sie tief beeindruckt, vor allem: „Broadly speaking, the discovery of X-rays has increased the keenness of our vision ten thousand times, and we can now see the individual atoms and molecules“. So zitiert Hodgkin in ihrem Nobelvortrag am 11. Dezember 1964.<sup>3</sup> Bragg hatte an die „Entdeckung der Diffraktion der Röntgenstrahlen in Kristallen“ durch den dafür 1914 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Max von Laue (1879–1960)<sup>4</sup> anknüpfen können. Hodgkin hat von 1932 bis 1934 in Cambridge beim Physiker und Kristallographen John Desmond Bernal (1901–1971) studiert, der sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg an der Friedensbewegung beteiligt hat und 1935 in Cambridge die Gruppe *Wissenschaftler gegen den Krieg* gegründet hatte. 1934 veröffentlichte Bernal gemeinsam mit Hodgkin Untersuchungsergebnisse über kristallines Pepsin.

Zu Bernal ist 1936 auch der gebürtige Wiener Max Perutz (1914–2002) gegangen, am 18. Juli 1937 schreibt er dem bedeutenden altösterreichischen, vor den Nazis dann in die Emigration geflüchteten Prager Hämoglobinforscher Felix Haurowitz (1896–1987): „Ich bin jetzt, wie Du wohl gehört haben wirst, Assistent von Bragg, der alle möglichen Ideen hat, wie man über die Eiweiß-Kristallstruktur mehr herausfinden könnte als es Crowfoot im Falle des Insulin möglich war, von dem Du ja durch die [Dorothy] Wrinch [1894–1976] Diskussion orien-

tiert sein dürftest.“ Perutz erzählt in seinen Aufsätzen über Wissenschaft, Wissenschaftler und die Menschheit wie Crowfoot 1935 einen Insulinkristall zwischen Röntgengerät und photographischen Film gesetzt hatte und dann, als sie in der Nacht den Film entwickelte, winzi-



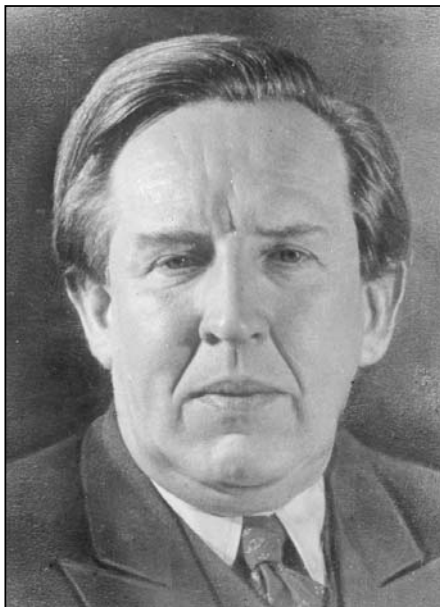
Dorothy Hodgkin-Crowfoot (1910–1994)

ge, regelmäßig angeordnete Punkte, ein Röntgenbeugungsbild, sah, das ihr Hoffnung auf die Bestimmung der Struktur des Insulins gegeben hat.<sup>5</sup> Es sollte aber noch 34 Jahre dauern, diese komplexe Struktur zu bestimmen. Der Briefwechsel zwischen Perutz und Haurowitz aus diesen Jahren zeigt, dass letzterer eigentlich mehr der Gebende war. Perutz blieb in Cambridge, gründete dort am Cavendish Laboratorium 1947 eine Forschungsgruppe zur Untersuchung der Feinstruktur von biologischen Systemen und erhielt später gemeinsam mit dem ebenfalls von Bernal stark beeinflussten John Kendrew (1917–1997) den Nobelpreis für Chemie für die Strukturaufklärung des Hämoglobins.<sup>6</sup> In der Nobel-Biographie von Perutz wird erwähnt, dass die wissenschaftliche Arbeit von Perutz über die Struktur des Hämoglobins ein Resultat der Diskussion mit Haurowitz war.<sup>7</sup>

Der Widerspruch zwischen wissenschaftlicher Leistung und sozialem Versagen war für Bernal eine lebenslange Herausforderung. Es ist selbstverständlich, dass Hodgkin nicht nur vom naturwissenschaftlichen, sondern auch vom gesellschaftswissenschaftlichen und politischen Denken ihres Lehrers beeinflusst gewesen sein muss. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich Bernal an der

Weltfriedensbewegung, wurde 1949 Vizepräsident und, als Nachfolger des französischen Kernphysikers und Nobelpreisträgers Frédéric Joliot-Curie (1900–1958) 1959 Präsident des 1950 auf dem zweiten Weltfriedenskongress in Warschau gegründeten Weltfriedensrates. Das Gründungsmanifest der Weltfriedensbewegung vom 25. April 1949 ist mit den Namen von Bernal und Joliot-Curie verknüpft. In wissenschaftlich interessierten Kreisen der Arbeiterbewegung war Bernal durch mehrere, auch in deutscher Sprache publizierten Schriften wie über „Marx und die Wissenschaft“ (Berlin 1953) oder über eine „Welt ohne Krieg“ (deutsch Berlin 1960) sowie durch sein unter marxistischen Intellektuellen aufmerksam studiertes und wiederholt aufgelegtes Buch über die „Soziale Funktion der Wissenschaft“ (The Social Function of Science 1939) hoch angesehen. Erstmals wurde es in deutscher Sprache in der DDR im Berliner Akademie-Verlag 1986 herausgegeben.<sup>8</sup> Für den deutschen Kommunisten Josef Schleifstein (1915–1992), der im Winter 1940/41 in der englischen Emigration auf dieses Buch gestoßen war, war die Lektüre des Buches eine „echte Offenbarung“, „denn hier wurde erstmals der systematische Versuch unternommen, die gesellschaftliche Rolle und Funktion der Wissenschaften im Gesamtzusammenhang zu untersuchen“.<sup>9</sup> In ihrem Nachruf auf Bernal hat Hodgkin hervorgehoben, dass Bernal eine „natürliche Neigung zur Systematisierung durch eine marxistische Sicht [...] der Beziehungen der Menschen zu Natur und Gesellschaft“ gehabt habe.<sup>10</sup>

Seit der Zerstörung der beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 und durch den nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzenden atomaren Rüstungswettlauf kam den Anliegen der Weltfriedensbewegung zur Verhinderung von Kriegen größte Bedeutung zu, weil es um die Existenz der Menschheit ging. Unter den Naturwissenschaftlern ist Albert Einstein (1879–1955) der berühmteste, der für die Erhaltung und Sicherung des Friedens gekämpft hat. Es war seine gemeinsame Initiative mit Bertrand Russell (1872–1970), die auf der Grundlage des Russell-Einstein-Manifests (London, 1955)



John Desmond Bernal (1901–1971)

fortschrittliche Wissenschaftler im Kampf gegen den Krieg, insbesondere gegen den Atomkrieg, in der Pugwash-Bewegung vereinigte (seit 1957).<sup>11</sup> 1958 verabschiedeten die Teilnehmer der 3. Pugwash-Konferenz eine Erklärung, in der es heißt, dass Naturwissenschaftler mitverantwortlich für die Erhaltung des Weltfriedens seien.<sup>12</sup>

1937 hatte Hodgkin den in Oxford tätigen Erwachsenenbildner und Afrikanisten Thomas Lionel Hodgkin (1910–1982), der marxistische Positionen vertrat, geheiratet. Das Ehepaar hatte drei Kinder, was für Hodgkin kein größeres Problem war, weil sie sich, wie Perutz schildert, gut konzentrieren konnte und einen sehr starken Willen besaß. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete Hodgkin über die Struktur des Penicillins und blieb auch später konsequent bei ihren kristallographischen Studien, wofür sie 1964 mit dem Nobelpreis für Chemie („for her determinations by X-ray techniques of the structures of important biochemical substances“) ausgezeichnet wurde. Im Nachruf auf Hodgkin im Almanach der österreichischen Akademie, deren Mitglied im Ausland seit 1982 sie war, wird anerkannt, dass sie sich unter politisch komplizierten Bedingungen für allgemeinere Fragen eingesetzt hat.<sup>13</sup> Perutz schreibt, dass sie sich „hingebungsvoll für den Frieden“ engagiert hat.<sup>14</sup> Tatsächlich hat Hodgkin von Anfang an aktiv die Pugwash-Konferenzen unterstützt. Auf Wunsch von Joseph Rotblat (1908–2005), der einer der Mitbegründer der Pugwash-Konferenzen war und stellvertretend für diese 1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist,<sup>15</sup> übernahm Hodgkin 1975 (bis 1988) die Präsident-

schaft über diese. Von Österreich aus kooperierte engagiert der Physikalische Chemiker Engelbert Broda (1910–1983), der sich besonders um die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen die Atomwaffenrüstung und das Wettrüsten bemühte, als Präsident des von Hans Thirring (1888–1976) gegründeten österreichischen Zweigs der Pugwash-Bewegung „Vereinigung österreichischer Wissenschaftler“.<sup>16</sup> Thirring, der gegen Militarismus und Faschismus unerschrocken gekämpft hat, war ein Freund von Einstein gewesen, worüber Broda in einem Einstein gewidmeten Heft schreibt.<sup>17</sup>

Den Antrag auf Zuwahl von Hodgkin zum ausländischen Mitglied der Kurie für Wissenschaft des österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst hat am 22. April 1981 der Grazer Physikalische Chemiker Otto Kratky (1902–1995)<sup>18</sup> gestellt. Kratky, der einige Zeit Assistent des aus Wien vertriebenen Hermann Mark (1895–1992) war, war durch seine eigene Arbeitsrichtung (Röntgenkleinwinkelstreuung) mit den bahnbrechenden Forschungen von Hodgkin in ständigem Austausch. In seinem Antrag betont Kratky, dass viele mit dem Vitamin B<sub>12</sub>, dessen genaue Struktur Hodgkin in achtjähriger Arbeit geklärt hat, verwandte Stoffe in Graz mittels der Methode der Kristallstrukturanalyse intensiv studiert werden. Im September 1987 war Hodgkin als Präsidentin der 37. Pugwash-Konferenz, die zugleich in Erinnerung an den dreißigsten Jahrestag der Gründung von Pugwash stattfand, in Gmunden,<sup>19</sup> wo sich eine Arbeitsgruppe zum Thema „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ oder „Nichtoffensive Verteidigung“ befasste. Der österreichische Chemiker und Kommunist Thomas Schönfeld (1923–2008) hob in einem Rückblick auf die Gmunder Konferenz hervor, dass auch gegenteilige militärtechnische und militärstrategische Entwicklungen im Gange seien, die nicht zu struktureller Nichtangriffsfähigkeit, sondern zur Aufstellung neuer Angriffspotenziale führen.<sup>20</sup> Es ist unzweifelhaft, dass eben diese menschenfeindlichen Entwicklungen in der Gegenwart durchschlagend geworden sind.

Am 18. April 1983 wurde Dorothy Hodgkin-Crowfoot und Willibald Jentschke (1911–2002) im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung durch Bundesministerin Hertha Firnberg (1909–1994) das Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst verliehen: „Ein exzellentes Dinner im ‚Sacher‘, zu dem die Frau Bundesminister die beiden Ausge-

zeichneten, sowie alle anwesenden Mitglieder der Kurie mit ihren Damen eingeladen hatte, stellte den Ausklang der Feier dar“ – so Kratky in seinem Bericht an die Kurie am 26. Mai 1983. 1988 (9.–11. März) war Hodgkin aus Anlass der Hundertjahrfeier des Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst in Wien, bei welcher Gelegenheit Bundespräsident Kurt Waldheim (1918–2007) in der Hofburg einen Empfang gab. Gottfried von Einem (1918–1996) improvisierte auf dem Klavier, seine Gattin Lotte Ingrisch las Gedichte der verstorbenen Ehrenzeichenträgerin Christine Busta (1915–1987), dann gab es auch eine Führung durch die Innere Stadt mit einem pensionierten Sektionschef. Otto Kratky berichtet am 15. März 1988: „Zentrum der Führung war die unterirdisch situierte Kapuzinergruft. Man kann dort die Särge sämtlicher Habsburger sehen; auch die bis in die letzte Zeit und in Zukunft noch sterbenden Mitglieder des Hauses werden dort beigesetzt.“ Was musste die leidenschaftliche Forscherin und Friedenskämpferin Hodgkin von Wien für operettenhafte Eindrücke mitgenommen haben! Auswärtige Spitzenwissenschaftler wurden wie Schulklassen aus der Provinz, die sich dagegen allerdings nicht wehren können, in die Kapuzinergruft geschleppt, so als ob das eine Sehenswürdigkeit wäre. Wenn das österreichische Pugwash-Mitglied Thomas Schönfeld einen wissenschaftlich interessierten Gast durch sein Wien führte, waren Fixpunkte die Denkmäler im Arkadenhof der Wiener Universität, wobei er vor den theoretischen Physikern Ludwig Boltzmann (1844–1906), für dessen Andenken Broda soviel getan hat,<sup>21</sup> und Josef Loschmidt (1821–1895) sowie dem in erster Linie am Frieden orientierten Völkerrechtler Heinrich Lammasch (1853–1920) in besonderer Weise gedachte, und der Karl-Marx-Hof mit der Erinnerung an die Februarkämpfe 1934.

Ende August 1988 präsierte Hodgkin die 38. Pugwash-Konferenz „Global Problems and Common Security“ in Dagomys (UdSSR). Von der österreichischen Gruppe hat an dieser Konferenz, die am 3. September eine wichtige Deklaration verabschiedete (*Dagomys Declaration of the Pugwash Council: Ensuring the Survival of Civilisation*)<sup>22</sup>, Schönfeld teilgenommen. Die Hoffnungen, die mit dem von Michael Gorbatschow vorgeschlagenen Abbau der Atomwaffen verknüpft waren, waren groß, die Pugwash-Bewegung glaubte, dass die Menschheit am Ende dieses Pro-



zesses in einer Welt des Friedens leben würde, wie Hodgkin in ihren Schlussworten zur 38. Pugwash-Konferenz sich zuversichtlich ausdrückte.<sup>23</sup> Dabei war es Hodgkin klar, dass eine friedliche Welt nicht allein von Abrüstung und Gleichgewicht der Waffenarsenale abhängen kann. In ihren die 36. Pugwash-Konferenz in Budapest im September 1986 beschließenden Worten greift Hodgkin die Anklage des brasilianischen Dominikaners Frei Betto auf, der als markanter Vertreter der Befreiungstheologie feststellte, dass in Lateinamerika nicht über Frieden geredet werden könne, ohne auch über Brot zu sprechen, in seinem Land Brasilien würden 1.000 Kinder jeden Tag an Hunger sterben, das sei, so der von Hodgkin zitierte Frei Betto, Genozid!<sup>24</sup>

*Herrn W. Gerhard Pohl (Linz) danke ich für die kritische Durchsicht!*

#### Anmerkungen:

- 1/ Georgina Ferry: Dorothy Hodgkin. A Life. London 1998; Mary Ellen Bowden: Dorothy Crowfoot Hodgkin. Pharmaceutical Achievers 2003, 82 f.; Sharon Bertsch McGrayne: Dorothy Crowfoot Hodgkin, in: Nobel Prize Women in Science. New York 1993, 225–254; Marelene Rayner-Canham/Geoffrey Rayner-Canham: Dorothy Crowfoot Hodgkin, in: Women in Chemistry. Washington 1998, 75–82.
- 2/ BM für Wissenschaft und Forschung und BM für Unterricht, Kunst und Sport (Hg.): 100 Jahre Österreichisches Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst, Wien 1991, 83.
- 3/ Dorothy Crowfoot Hodgkin: The X-ray analysis of complicated molecules. In: Nobel Lectures. Chemistry 1963–1970. Amsterdam, London, New York 1972, 71–94.
- 4/ Marion Kazemi: Nobelpreisträger in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft 15). Berlin 2002, 164–171.
- 5/ Max Perutz: Ich hätte sie schon früher ärgern sollen. Purkersdorf 1999, 156.
- 6/ Georgina Ferry: Max Perutz and the Secret of Life. London 2007.
- 7/ Nobel Lectures including Presentation Speeches and Laureates' Biographies. Chemistry. 1942–1962. Amsterdam, London, New York 1964, 674 f., hier 675.
- 8/ John Desmond Bernal: Die soziale Funktion der Wissenschaft. Hg. von Helmut Steiner. Akademie Verlag 1986.
- 9/ Josef Schleifstein: Die Wissenschaft lernt, über sich nachzudenken. Deutsche Volkszeitung 14. August 1987; über Schleifstein s. Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hg.): Josef Schleifstein. Reale Geschichte als Lehrmeister. Frankfurt/M. 1993

- 10/ Zitiert nach Steiner (Hg.), XLII.
- 11/ Reiner Braun/Robert Hinde/David Krieger/Harold Kroto/Sally Milne (Eds.): Joseph Rotblat: Visionary for Peace. Weinheim 2007, p. 263–266 (The Russell-Einstein Manifesto).
- 12/ Dazu Friedrich Herneck: Wissenschaft und Wissenschaftler in der Geschichte des Friedenskampfes. In: Verantwortung aus Wissen. Beiträge von DDR-Wissenschaftlern zu Friedensforschung und Friedenskampf. Berlin 1989, 55–67.
- 13/ Almanach 1994/95, 145. Jg., Wien 1995, 469–475 (Josef Zemann).
- 14/ Wie Anm. 3, 157.
- 15/ Wie Anm. 6.
- 16/ Zentralbibliothek für Physik (Hg.): Engelbert Broda (1910–1983). Wissenschaft und Gesellschaft. Wien 1993; Paul Broda/Gitta Deutsch/Peter Markl/Thomas Schönfeld/Helmuth Springer-Lederer: Engelbert Broda. Wissenschaft. Verantwortung. Frieden. Ausgewählte Schriften. Wien 1985.
- 17/ Engelbert Broda: Einstein und Österreich. Wien 1980.
- 18/ Almanach der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1994/95, 145. Jg., Wien 1995, 443–452 (Josef Schurz); Anton Holasek/Alois Kernbauer: Biochemie in Graz. Graz 1997, 193–196.
- 19/ J. Rotblat: The Eighth Pugwash Quinquennial 1992–1997. Fifth Supplement to the History of the Pugwash Conferences. Pugwash Newsletter. July 1997, Vol. 34, No. 2.
- 20/ Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft (Hg.): 70 Jahre Friedenspolitik und die österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Wien 1989, 108.
- 21/ Engelbert Broda: Ludwig Boltzmann. Mensch, Physiker, Philosoph. Wien 1955, 2. A. Wien 1986 (neu hg. von Gitta Deutsch).
- 22/ [www.pugwash.org/about/dagomys.htm](http://www.pugwash.org/about/dagomys.htm).
- 23/ Proceedings 38th Pugwash Conference Dagomys Aug/Sept 1988, 113f.
- 24/ Closing Address given by Professor Dorothy Hodgkin. Proceedings 36th Pugwash Conference, Budapest, Sept. 1986, 104 f.; über die Befreiungstheologie s. Ignacio Ellacuría/Jon Sobrino (Hg.): Mysterium Liberationis. Grundbegriffe der Theologie der Befreiung. Luzern, 2 Bde. 1995–1996.

## Dokument

1983 04 18. Wien. Laudatio von Otto Kratky für Dorothy Hodgkin-Crowfoot aus Anlass der Verleihung des Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst. *Typoskript, vervielfältigt. Nachlass Leopold Vietoris.*

Es ist für mich eine besondere Freude und Auszeichnung, die Laudatio für Frau Professor Dorothy Hodgkin-Crowfoot



Otto Kratky (1902–1995)

bei der heutigen Feier halten zu dürfen. Habe ich doch ihre Arbeit durch Jahrzehnte verfolgt und ihren ruhmreichen Aufstieg zu einem der bedeutendsten Kristallographen und Biophysiker aller Zeiten bewundert. Die Schwierigkeit ihrer Arbeit und die Großartigkeit des Erfolges brachten ihr den Nobelpreis für Chemie insbesondere für die Aufklärung der Molekularstruktur des Vitamins B<sub>12</sub> durch Röntgenkristallstrukturanalyse.

Um Ihnen einen Begriff von diesem Stoff zu geben: Er wird im Organismus der höheren Tiere, auch der Menschen, nur in kleinen Mengen erzeugt, sodaß eine zusätzliche Aufnahme mit der Nahrung notwendig ist. Mangelerscheinungen führen zu perniziöser Anämie, die durch Injektionen von B<sub>12</sub> geheilt werden kann. Von der chemischen Struktur her ist diese Substanz einer der kompliziertesten Naturstoffe mittlerer Größe.

Die in achtjähriger Arbeit durchgeführte Analyse ist deshalb sensationell und einzigartig, weil sie den ersten Fall darstellt, wo eine komplizierte Molekülstruktur durch Röntgenanalyse zu einem Zeitpunkt bis in atomare Dimensionen aufgeklärt werden konnte, wo die chemische Struktur erst zum Teil bekannt war. Der Corrinring innerhalb dieses Moleküls lag für die Chemie noch im Dunkeln, die Röntgenanalyse hat ihn entdeckt. Es drängt sich mir hier der Vergleich mit dem bekannten Bild vom Rembrandt „Die Nachtwache“ auf. Als das Bild nach Jahrhunderten gereinigt wurde kam im Vordergrund eine lichte Gestalt zum Vorschein, von der man vorher nichts gewußt hatte. Das ist der Corrinring! Der Vergleich trifft allerdings nicht ganz zu, weil auch andere Teile des Moleküls von der

chemischen Strukturbestimmung her nicht oder nicht genau bekannt waren und erst durch die Röntgenanalyse aufgeklärt bzw. präzisiert wurden.

Die Arbeit hat entscheidend zur Etablierung des Forschungsgedankens beigetragen, aus der Molekularstruktur die biologische Funktion zu verstehen. Bietet doch die Röntgenanalyse eine tiefere Einsicht als die Strukturbestimmung auf chemischem Wege, weil nicht nur die Verknüpfung der Atome klargestellt wird, sondern auch die genaue räumliche Struktur einschließlich aller im Molekül vorkommenden Abstände. Man kann das Molekül hundertmillionenmal vergrößern, als naturgetreues Modell handhaben und seine Wirkungsweise diskutieren.

Wenn der Laie von der Untersuchung mit Röntgenstrahlen hört, so denkt er vielleicht an die Durchleuchtung, die der Röntgenarzt macht. Mit diesem Verfahren hat die Kristallstrukturanalyse nur das eine gemeinsam, daß man da wie dort Röntgenstrahlen verwendet. Die medizinische Durchleuchtung ist nichts wie ein Schattenbild, zufolge der Eigenschaften der Röntgenstrahlen Materie mehr oder weniger gut zu durchdringen.

Bei der Röntgenkristallstrukturanalyse untersucht man einen Kristall von nur einigen Zehntel Millimeter Größe, der aus den Molekülen der zu studierenden Substanzen aufgebaut ist. Nach der Entdeckung der Wellennatur des Röntgenlichts durch den Deutschen von Laue (1912) und der Begründung der Kristallstrukturanalyse durch die Engländer Bragg Vater und Sohn (1913), dürfen wir uns das Kriställchen als ein System von kleinen Spiegelchen vorstellen, die ein auf sie fallendes Röntgenstrahlbündel nach verschiedenen Richtungen reflektieren. Auf einer fotografischen Platte, die hinter dem Kristall sitzt, findet man dann viele hunderte, ja tausende Pünktchen, und das nennen wir das Röntgenbild. Es ist nun die Aufgabe des Forschers, aus der Anordnung und Stärke der Punkte auf den Aufbau des Kristalls zurückzuschließen.

Frau Hodgkin erzählt in ihrem Nobel-Vortrag (1964), daß sie dem Phänomen der Streuung von Röntgenstrahlen an Kristallen erstmalig in einem von William Henry Bragg für Schulkinder geschriebenen Buch begegnet sei. In diesem Buch heißt es, daß die Entdeckung der Röntgenstrahlen unseren Gesichtssinn mehr als zehntausendmal verstärkt hat, sodaß wir jetzt sogar einzelne Atome und Moleküle „sehen“ können.

Etwa zur gleichen Zeit hörte Fräulein Crowfoot von der Biochemie und hier gab

es jene Moleküle, die zu „sehen“ sie am meisten interessierte. Bald erkannte sie, daß der Versuch mit Röntgenstrahlen zu „sehen“ viel schwieriger sei als die Lektüre des Buches von Bragg vermuten ließ. Dennoch sollte ihr Jungmädchenrausch in grandioser Weise in Erfüllung gehen.

Ich möchte nicht den hoffnungslosen Versuch unternehmen, erklären zu wollen wie man es wirklich macht, um von den Röntgenreflexen zu einer komplizierten Kristallstruktur zu kommen. Es ist zweifellos wesentlich schwieriger als einen verschlüsselten Text zu entschlüsseln, wenn man den Code nicht kennt.

Stattdessen will ich lieber einige Stellen aus einem Beitrag von Max Perutz erzählen, den dieser in einem Buch geschrieben hat, das zu Ehren von Frau Hodgkin's 70. Geburtstag erschienen ist. Sie wissen, Perutz ist gebürtiger Wiener, Mitglied unserer Kurie und Nobelpreisträger. Er ist mit Dorothy, wie er sie nennt, seit mehr als 50 Jahren befreundet und seine Zeilen bringen sie uns menschlich näher und werfen ein bezeichnendes Licht auf ihren Arbeitsstil.

Perutz erzählt: wenn er aufregende, neue Resultate auf dem Gebiet der Röntgenkristallstrukturanalyse erhalten hatte, oder von anhaltendem Pech verfolgt war, so fuhr er mit dem alten, klappernden Zug von Cambridge nach Oxford, um Dorothy zu einer Aussprache zu besuchen. Gleich ging er zum University Museum, vorbei an den Skeletten ausgestorbener Tierarten, die in einer dunklen Ecke standen, in das geheimnisvoll anmutende Büro von Dorothy. Ihre Tische waren überladen mit Tabellen und Schriften, der Röntgenraum war gleich daneben. Das Zimmer war einigermaßen erleuchtet durch die gotischen Fenster hoch oben, wie in einer Mönchszelle, und dazwischen war eine Galerie, die nur durch eine Leiter bestiegbar war und oben stand ein Tisch mit Dorothy's Polarisations-Mikroskop. Um z.B. einen kostbaren Penicillin-Kristall im Röntgenstrahl zu montieren, stieg Dorothy hinauf, suchte im Mikroskop einen geeigneten Kristall aus, stach ihn mit einer dünnen Glasfaser an, montierte diese auf einem Goniometerkopf und stieg wieder hinab. Dabei hielt sie ihren Schatz in der einen Hand, während sie sich mit der anderen an der Leiter sicherte. Perutz meinte, sie habe bei dieser Prozedur niemals einen Kristall verloren.

Es sei darauf hingewiesen, daß es aufgrund der Strukturaufklärung von Penicillin möglich war, viele synthetische Penicilline herzustellen, die auch therapeutisch verwendet wurden.

Bei all seiner Dürsterkeit war das Laboratorium Dorothy's ein vergnüglicher Platz. Als Tutor für Chemie in Somerville hatte sie immer Praktikanten und Dissertanten, die dank ihrer vornehmen und warmherzigen Führung meist zu interessanten Resultaten gelangten.

Viele intellektuelle Frauen betrachteten ihre Kinder als Hindernis in ihrer Karriere. Als Dorothy später einen Universitätskollegen, den damaligen Tutor für Erwachsenen-erziehung und später für afrikanische Geschichte, Thomas Lionel Hodgkin, heiratete (1937) und sie insgesamt drei Kinder bekam, hatte sie diese bei der Arbeit zuhause oft um sich. Die Konzentration fiel ihr so leicht, daß sie ihre ganze Aufmerksamkeit mit mütterlicher Wärme einem kindlichen Geplapper widmen konnte, um im nächsten Moment auf eine kristallographische Gittertransformation umzuschalten, ohne Anzeichen einer Anspannung erkennen zu lassen. Perutz erwähnt auch, wie viele Jahre später die zwei Familien – sechs Hodgkins und fünf Perutzs – die Ferien an einem österreichischen See verbrachten. Ich habe inzwischen erfahren, daß es der Altaussee war.

Wir schalten zurück auf das Jahr 1962. Frau Hodgkin hatte neben vielen kleineren Arbeiten schon die erste große Strukturanalyse an Penicillin hinter sich, die mehr als alle vorangegangenen Arbeiten die Kraft der Röntgenanalyse für die Aufklärung von chemischen Strukturen zeigte, sie hatte das Vitamin B<sub>12</sub> glänzend gelöst und großartige Arbeit am Protein Insulin, dem bekannten Hormon der Bauchspeicheldrüse, geleistet. Dieses Protein war das erste, dessen chemische Struktur aufgeklärt werden konnte (von [Frederick] Sanger, der dafür den Nobelpreis bekam, unter Mitarbeit von [Hans] Tuppy, Mitglied unserer Kurie); Frau Hodgkin war in der Erarbeitung der Raumstruktur dieses Stoffes schon weit fortgeschritten, als Perutz und Kendrew zusammen den Nobelpreis für Chemie für die röntgenographische Aufklärung von Haemoglobin und Myoglobin bekamen. Perutz fand, daß Dorothy vor ihm großartige Entdeckungen mit phantastischer Intuition und chemischer Einfühlung gemacht hatte und den Nobelpreis früher als er verdient hätte. Nach Rücksprache mit dem schwedischen Kristallographen Hagg schlug er gemeinsam mit Kendrew und dem Lehrer der beiden, Bragg (ebenfalls Nobelpreisträger), Frau Hodgkin für den Nobelpreis vor und sie bekam ihn prompt (1964). Die Reihe ihrer Auszeichnungen wurde bald darauf durch die Verleihung des höchsten englischen Ordens, des „Order of Merit“, ge-

# Manfred Buhr (1927–2008) wieder gelesen!

Im Oktober 2008 ist mit Manfred Buhr ein international wirkender Philosoph der kommunistischen Weltbewegung gestorben, ein Philosoph, mit dessen Arbeit auch zahlreiche große philosophische Editionsvorhaben der DDR zur klassischen bürgerlichen Philosophie (Hegel, Fichte oder Schelling) verbunden waren. Große bleibende Verdienste, an denen die in den Jahren der kapitalistischen Gegenrevolution nach 1989 einsetzende reaktionäre Rede westdeutscher und österreichischer Philosophen und Soziologen vom „Kaderphilosophen“ Buhr nichts ändern kann! (Vgl. Arnold Schölzel: *Realisierbare Vernunft. Der Philosoph Manfred Buhr ist gestorben*, in: *junge Welt*, 23.10.2008, Seite 13)

Erst die geöffneten Bildungsmöglichkeiten in dem von der Roten Armee befreiten Teil Deutschlands ermöglichten jungen Leuten wie Manfred Buhr den Zu-

gang zur Hochschule, wo Buhr ab 1947 an der Universität Leipzig bei antifaschistisch sozialistischen Spitzenwissenschaftlern wie Walter Markov (Geschichte), Ernst Bloch (Philosophie), Werner Krauss (Romanistik), Hans Mayer (Germanistik), Arthur Baumgarten (Rechtsphilosophie) oder Henryk Grossmann (Politische Ökonomie) studieren konnte.

Anfang der fünfziger Jahre war Buhr einige Jahre Assistent von Ernst Bloch. 1956 mit einer von Bloch und Markov begutachteten Dissertation „*Aufstieg und Ausschaltung des dialektischen Denkens bei Immanuel Kant. Beitrag zur Entwicklungsgeschichte in der klassischen deutschen Philosophie*“ promoviert, habilitierte sich Manfred Buhr 1962 mit einer Arbeit über „die ursprüngliche Philosophie Johann Gottlieb Fichtes und die Französische Revolution“ an der Universität Greifswald. 1965 wurde er auf Vorschlag von Georg Klaus, Walter Markov und Werner Krauss zum Professor der Philosophie an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin ernannt.

1874 hat Friedrich Engels in einem Vorwort zur Neuauflage seines „deutschen Bauernkriegs“ den theoretischen Sinn des auf den englischen und französischen Arbeiterkämpfen (Chartisten, Pariser Kommune!) aufbauenden Sozialismus in Deutschland gelobt, während das deutsche Bürgertum in irrationaler Eklektizismus versinkt. Engels warnte die deutsche Arbeiterpartei angesichts opportunistischer „Nur-Gewerkschaftler“ vor theoretischer Gleichgültigkeit und forderte, den „Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten)“ zu entwickeln. (MEW 18, 516f.) 1882 hat Engels dann im Vorwort zur „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ neuerlich erklärt, dass „wir deutschen Sozialisten stolz darauf [sind], dass wir abstammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel“. (MEW 19, 188)

Manfred Buhrs Bücher über Immanuel Kant und die vielen Beiträge über G.W. Hegel trugen in diesem Sinn mit dazu bei, das Erbe der klassischen bürgerlichen Philosophie innerhalb und außerhalb der sozialistischen Länder und vor allem jenseits der Mauern der exklusiv akademischen Bildungswelt zugänglich zu machen.

Besonders gilt dies auch für seine 1965 unter dem Titel „*Revolution und Philosophie*“ im Druck erschienene Habilitationsschrift über Johann Gottlieb Fichte, den revolutionär demokratischen Fichte mit seinen Querverbindungen zur Babeuf'schen Verschwörung der Gleichen, zum frühsozialistischen Denken, zu jenem Fichte, der vor dem Hintergrund der kurz über den bürgerlichen Klassenhorizont hinaustreibenden Französischen Revolution schrieb, dass alle Eigentumstitel illegitim sind, wenn auch nur ein gesellschaftliches Individuum hungert: „Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt, und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird.“

Wichtig bleibt Manfred Buhrs Auseinandersetzung mit Ernst Blochs „Hoffungsphilosophie“ in den Jahren 1958 bis 1960, obwohl gerade diese ihm als ehemaligem Mitarbeiter Blochs nach der so genannten „Wende“ viele Angriffe eintragen sollte.

Der als „messianisch“ religiöser Sozialist, später als Kritiker der DDR, als Gegner der „marxistischen Orthodoxie“ oder auch als „marxistischer Schelling“ gehandelte Ernst Bloch hat sich nach Buhr kaum von seinen idealistischen Anfängen im „*Geist der Utopie*“ (1918/23) entfernt. Der Bloch des späten, in Leipziger Jahren abgeschlossenen Hauptwerks „*Prinzip Hoffnung*“ ist dem Bloch von „*Geist der Utopie*“ und dem Bloch der 1935 erschienenen „*Erbschaft dieser Zeit*“, einer – wie Buhr immer anerkannt hat – im Kampf gegen den europäischen Faschismus zentralen Essay-Sammlung, treu geblieben. Obwohl Bloch für Buhr auch in den Jahren der Auseinandersetzung immer der Denker des Antifaschismus und des fortschrittlichen Humanismus blieb, konnte Buhr nicht übersehen, dass Blochs Nähe zum religiös chiliastischen Erbe mit steter Kritik am dialektischen und historischen Materialismus von Marx und Engels verbunden war, dass Bloch die atheistisch materialistische Tradition immer wieder in die Nähe eines erloschenen bürgerlichen „Vulgäraufklärer“ und epigonalen Freidenkersurrogats rückte.

Buhr hielt auch fest, dass Bloch der Arbeiterklasse nicht nur das fortschrittlich bürgerliche Erbe von Kant bis Hegel vermitteln wollte, sondern auch die Möglichkeit einer fortschrittlichen Ver-

➔ krönt, den ihr die Königin in einer Privataudienz in der gleichen Stunde überreichte wie dem berühmten Komponisten Benjamin Britten.

Für uns Österreicher ist es interessant, daß die Ergebnisse von Frau Hodgkin die Grundlage für die Tätigkeit von zwei einheimischen Arbeitsgruppen darstellen. Die eine in Linz befaßt sich organisch-chemisch mit offenkettigen Porphyrinen und die andere in Graz studiert die Kristallstruktur von hydrierten Porphyrinen, von denen einige biosynthetische Vorläufer des Vitamins B<sub>12</sub> sind.

Aus der Schilderung von Perutz entnehmen wir, daß an Hodgkin's Arbeit nicht eine anonyme Gruppe von Menschen beteiligt war, die in einem Teamwork die Ergebnisse zustande brachte, sondern daß es ihre ganz persönliche Arbeit war, die sie zunächst unter recht schlechten, nahezu abenteuerlichen äußeren Bedingungen, unterstützt von nur wenigen Mitarbeitern, geleitet hatte; ein Triumph des Geistes, ihrer Intuition, ihrer unermüdlichen Hinwendung an ihre Probleme, über die sie oft viele Jahre nachdachte und Schritt um Schritt die Lösung erreichte. Ein bewundernswertes Forscherleben; wir sind freudig bewegt und stolz, Sie, Frau Professor Dorothy Crowfoot-Hodgkin, ab heute zu unseren Mitgliedern zählen zu dürfen.

We feel extremely pleased and honoured, Professor Hodgkin, to welcome you as a member in our society.

O. Kratky

wertung des spätbürgerlichen Irrationalismus von Schopenhauer, über Wagner, Nietzsche bis hin zu Klages oder Heidegger andeutete, indem Bloch meinte, man soll die Kategorien „Leben“, „Seele“, „Unbewusstes“, „Nation“, „Ganzheit“ oder „Reich“ nicht allein der (faschistischen) Reaktion überlassen.

Buhr sah, dass Bloch – späterhin oft wider seinen Willen – zum Vordenker einer sich antiautoritär, skeptisch verstehenden, vermeintlich „freischwebenden“, jede organisatorische Disziplin kleinbürgerlich verachtenden „Linksintelligenz“ etwa am Rand der SPD, des zerfallenden SDS und auch im Umfeld („eurokommunistischer“), „dritter Wege“ werden konnte.

Buhr widerspricht auch Blochs selbst gestrickten Legenden, er habe in Leipziger Jahren versteckt, getarnt, gleichsam subversiv, objektiv stets von der „Parteibürokratie“ diskriminiert wirken müssen. Nicht nur Buhr wies von Ernst Bloch nach 1961, nach seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik getätigte Einschätzungen von den „Franco-Ländern der Ostseite“, vom „Sprung über die Berliner Mauer“ als „Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ zurück. Buhr wies mit Recht auf Wolfgang Abendroth hin, der davon sprach, dass Bloch nach 1961 „notwendige solidarische Kritik zu unsolidarischer Negation übersteigert“ hat.

Buhrs philosophische Kritik deckt sich in vielem mit jener von Georg Lukács, der trotz all der gegen ihn seit 1956 erhobenen „Revisionismuskritiken“ die Solidarität mit den sozialistischen Ländern aufrecht hielt, sich weigerte Ungarn Richtung Westen zu verlassen und um die Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei Ungarns kämpfte.

In seinem Vorwort zur Neuauflage der „*Theorie des Romans*“ schrieb Georg Lukács im Juli 1962, „dass Ernst Bloch, bis jetzt nicht erschüttert, an seiner [unhaltbaren – Anm.] Synthese von linker Ethik und rechter Erkenntnistheorie festhält“. Lukács resümierte damit 1962 seine jahrzehntelange Kritik an seinem philosophischen Jugendfreund Bloch, die er bereits Mitte der 1930er Jahre vor dem Hintergrund der Volksfrontpolitik formuliert hatte: Bloch hat nach Lukács mit „mit einem idealistisch-mystischen Begriff der Revolution“ nie radikal gebrochen, wie dessen „*Erbschaft dieser Zeit*“ (1935) belegt, auch wenn Bloch schon Anfang der 1920er Jahre in seinem Buch über Thomas Münzer diesen als Karl „Liebknechtfigur“ gezeichnet und ein „Bekanntnis zur Revolution“ abgelegt hatte.

Bloch unterschied sich – so Lukács um 1935 – zwar „sehr zu seinem Vorteil von jenen bürgerlichen Antifaschisten, die die Ideologie des Faschismus bekämpfen, zugleich jedoch die imperialistische Ideologie zu retten versuchen“. Bloch sah im Sturz des Faschismus dementsprechend auch die Frage nach der Beseitigung des Kapitalismus, Bloch stellte auch in den 1930er Jahren die entscheidende Frage nach den „Verbündeten der proletarischen Revolution“, nach der „Gewinnung der städtischen Kleinbürger und der Bauern für die sozialistische Revolution“. Aber, Bloch stellte die Frage von seiner „philosophisch-idealistischen Grundeinstellung“ her, d.h. er sucht nach dem „goldhaltigen Geröll“ in den überwundenen feudal-mystischen oder bürgerlich-irrationalistischen Ideologien, das ungebrochen vom Sozialismus zu übernehmen sei. Blochs Versuch, historische Potentiale von Mystik, Ideologie, Irrationalität, Utopie, religiösem (Aber-)Glauben für den antifaschistischen Kampf zu retten, ist gescheitert, denn – so Lukács am Beispiel des „Nietzsche-Problems“ – Blochs Ansatz wird nur zur „Verewigung“ dieser historisch erledigten Formen führen: „Es ist ein vergebliches Bemühen, in der Ideologie rückständiger Bauern oder Kleinbürger ‚Gold‘ zu suchen.“ (Vgl. *Georg Lukács: Die Erbschaft dieser Zeit [Bloch-Rezension um 1935], in: Ernst Bloch und Georg Lukács. Dokumente zum 100. Geburtstag, hrg. von Miklós Mesterházi und György Mezei, Budapest 1984, 245–265.*)

Als Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR gab Manfred Buhr ab 1971 die Reihe „*Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie*“ in 110 Bänden bis 1987 heraus. Nur ein Band kann hier stellvertretend herausgegriffen werden: 1981 hat Buhr gemeinsam mit Robert Steigerwald Band 100 unter dem Titel „*Verzicht auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit*“ selbst verfasst. Die dort unter dem Untertitel „*Grundtendenzen der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie*“ beschriebenen Strömungen können angesichts der akut weltweit kapitalistischen, von zahlreichen imperialistischen „Feldzügen“ geprägten Krise wieder aktuell betrachtet werden: Das Scheitern aller „kritisch rationalistischen Sozialtechnologien“, wie sie aus dem Umfeld der Karl R. Popper'schen Philosophie von der reformistischen Sozialdemokratie aufgesogen worden waren, über die bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen, die je nach Bedarf zwischen liberalen

„Pluralismusmodellen“ und dem neokonservativen „Ordnungsdenken“ (der Schelsky oder Rohrmoser) schwanken, – das Zurückgreifen der gegenwärtigen bürgerlichen Geistes- und Sozialwissenschaften auf den geschichtsphilosophischen Irrationalismus seit Nietzsche, auf den historischen Agnostizismus seit Georg Simmel oder Theodor Lessing, die Rückkehr zu reaktionären „Grundwertedebatten“, die Renaissance des „konservativ revolutionären“ „Freund-Feind-Denkens“ aus der Carl Schmitt-Tradition, die lebensphilosophische („postmoderne“) Rede von der Krise als einem unhintergebar menschlich-kulturellen Faktum unabhängig von und jenseits der kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationskrise, das neue Interesse für reaktionäre „Kulturanthropologien“ von Hans Freyer bis Arnold Gehlen. Alle diese alten und laufend neu variierten bürgerlichen Ideologien, die der Rechtfertigung von Ausbeutung und Unterdrückung, dem Kampf gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus dienen, finden sich im Bändchen von Buhr und Steigerwald beschrieben.

Ab 1964 gab Manfred Buhr gemeinsam mit dem 1974 im Alter von 62 Jahren verstorbenen, um die Erforschung der mathematischen Logik, der Semiotik, Kybernetik, Spiel- und Informationstheorie verdienten Georg Klaus und unter Mitarbeit eines großen Redaktions- und Autorenstabes das große „*Philosophische Wörterbuch*“ heraus, das ab 1972 in vielen, großen Auflagen als *Rowohlt-Lizenzausgabe* auch in der Bundesrepublik und in Österreich unter dem dreibändigen Taschenbuchtitel „*Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie*“ zugänglich gemacht wurde.

Manches Stichwort („Materialismus, dialektischer, historischer“, „Revisionismus, „Opportunismus“ oder „Reformismus“) kann gerade angesichts des gegenwärtigen, mit der kapitalistischen Krise einhergehenden Verfalls einer (italienischen, französischen, etc.) „Eurolinken“, die nach 1989 glaubte, mit der Oktoberrevolution brechen zu müssen, empfohlen werden. Den österreichischen „Reformkommunisten“ sei die Lektüre des Stichworts „Austromarxismus“ empfohlen.

Vor diesem Hintergrund ist ein Griff zum „Klaus/Buhr-Lexikon“ auch angesichts des „*Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*“ und des im Zeichen des „pluralen Marxismus“ entstehenden „*Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*“ unverzichtbar!

PETER GOLLER

# Austromarxistischer „Sumpf“

Rosa Luxemburg und die österreichische Sozialdemokratie. Luxemburgs Konflikt mit Viktor Adler (1896–1918)

PETER GOLLER

Im *Kampf*, dem 1907 gegründeten Theorieorgan der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie, wird die sich nach der ersten russischen Revolution 1905, verstärkt nach den preußischen Wahlrechtskämpfen 1910 organisierende linksradikale SPD-Gruppe um Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht weitgehend ignoriert. Luxemburg oder Liebknecht werden allenfalls in zufälligem Zusammenhang genannt.

In österreichischen Parteidebatten findet kaum eine theoretische Auseinandersetzung mit der deutschen Linken statt: Die von den deutschen „Linksradikalen“ ab 1910 geführten Diskussionen über den offensiven Massenstreik („Ermattung oder Niederwerfung?“), über das Versinken marxistischer Theorie im Partei-„Offiziösentum“ oder über antiimperialistische Strategien blieben weitgehend weggeblendet.

Die ab 1910 offen einsetzende Trennung der radikal linken, auch arbeitertautonomen Parteigruppierungen (neben Luxemburg u.a. die Gruppe um Anton Pannekoek, den Bremer Johann Knief, um die süddeutschen Linken Clara Zetkin, August Thalheimer, Karl Radek oder Julian Marchlewski) vom (kautskyanschen) „Zentrum“, sowie die Machtergreifung der scharfen Parteirechten nach dem Tod August Bebels durch die Gruppe um Friedrich Ebert ab 1912/13 wird im *Kampf* wohl auch deshalb nicht thematisiert, da doch ein Großteil der austromarxistischen Ideologen dem „Zentrum“ verbunden war. Folglich waren sie auch bemüht, jede analoge Auseinandersetzung und Spaltung in der österreichischen Partei zu unterbinden.<sup>1</sup>

Umgekehrt hat eine Rosa Luxemburg die „austromarxistische“ Theorie ab 1913 dem „zentristischen Sumpf“ zugeordnet, dessen einzige Funktion es ist, opportunistische, 1914 im „Burgfrieden“ endende Rechtstendenzen in den Parteien der II. Internationale „marxistisch“ zu bemänteln.

In der Debatte über die Marx'sche Akkumulationstheorie, im Streit über die Marx'schen „Reproduktionsschemata“ kam es 1913/14 zu einer direkten Auseinandersetzung zwischen Rosa Luxemburg und den Wiener Austromarxisten: Otto Bauer lehnte Rosa Luxemburgs These, die „Akkumulation des Kapital“ lässt sich nur über die Ausbeutung und

Zerstörung „dritter Personen“ (agrarisch-naturalwirtschaftliche Zonen, Kolonien, etc.) erklären, ab. Nach Bauer verläuft die kapitalistische Akkumulation auch ohne imperialistische Expansion bis zu einem gewissen Grad „harmonisch“, ohne dass er damit die „Schrankenlosigkeit der Akkumulation erweisen“ oder gar eine Apologie des Kapitals liefern wolle.

Luxemburg antwortet in einer erst 1921 aus dem Nachlass veröffentlichten „Antikritik“ dem „austromarxistischen Epigontum“ der Hilferding, Eckstein und Bauer, die „die objektive ökonomische Möglichkeit der schrankenlosen Akkumulation“ verfechten. Bauers „Imperialismustheorie“ ist für Luxemburg eine „Satire“ auf die realen Verhältnisse Monate vor dem Weltkrieg: „Um sich die Möglichkeit des ‚Hinausschleuderns‘ eigener kapitalistischer Waren nach dem nichtkapitalistischen China zu öffnen, führten England und Frankreich drei Jahrzehnte lang blutige Kriege in Ostasien, und hat das vereinigte Kapital Europas an der Wende des Jahrhunderts einen internationalen Kreuzzug gegen China unternommen.“ Bauer'sche „Überakkumulation“ hat nach Luxemburg nichts mehr mit dem Marx'schen Begriff der „Überakkumulation“ zu tun: „Bei Bauer ist Überakkumulation identisch mit Prosperitätsperiode, höchster Nachfrage nach Arbeitskraft, Aufsaugung der industriellen Reservearmee. Bei Marx geht Überfluss an Kapital Hand in Hand mit Überfluss an Arbeitern, mit größter Arbeitslosigkeit, Überakkumulation also identisch mit Krise und tiefster Depression.“ Bauers Interpretation der Marx'schen Reproduktionsschemata nimmt einen „proudhonistisch“, fast „sozialoptimistischen“ Zug an.

Otto Bauer kann als „typischer Vertreter des marxistischen Zentrums“, als einer vom „Regime der austromarxistischen Diadochen“ die imperialistische Barbarei des Kapitalismus nicht rechtzeitig erkennen: „Nur eines scheint uns schlechterdings undenkbar: dass ein so ‚denkender‘ offizieller Marxismus als geistige Avantgarde der Arbeiterbewegung in der Phase des Imperialismus zu anderen Resultaten führen konnte als zu dem elenden Fiasko der Sozialdemokratie, das wir heute in dem Weltkrieg erleben.“

Politisch endet so auch die Bauer'sche Theorie der Akkumulation in der Legiti-

mierung der reformistisch rechtssozialdemokratischen „Utopie eines historischen Kompromisses zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur ‚Milderung‘ der imperialistischen Gegensätze zwischen kapitalistischen Staaten“. Otto Bauer ist für Rosa Luxemburg schon vor 1914 ein Vertreter jenes „zentristischen Sumpfs“, der in gelehrten Varianten die Niederlage der sozialistischen Parteien von 1914 rechtfertigt, der den Marxismus als „harmlosen Kolophonumblitz des ‚reinen Denkens‘“ auffasst und folglich beim Ausbruch des Weltkriegs versagt hat. Kautskys, Hilferdings oder Bauers „Weg zur Macht“ schlägt 1914 in den „Weg zur Ohnmacht“ um.<sup>2</sup>

Otto Bauer trat also als Opponent im Streit über die „Akkumulation des Kapital“ auf. Ansonsten erwähnt Luxemburg Otto Bauer, den kommenden Ideologen des Austromarxismus, nur im Zusammenhang mit polnischen Parteistreitereien, mit einem antisemitischen Angriff auf ihre Person 1910. Wenn sie gegenüber Leo Jogiches Anfang November 1910 andeutet: „Bauer habe ich noch nicht gelesen“, so bezog sie sich damit auf Otto Bauers im *Kampf* erschienenen Artikel „Sozialismus und Antisemitismus“, der sich gegen einen polnischen Antisemiten wendet, der den internationalistischen Standpunkt von Luxemburg verleumdete, und sich dabei auf Bauer berufen wollte.<sup>3</sup>

## „Polengezänk“ 1896

Viktor Adler war Rosa Luxemburg erstmals 1896 als Widersacherin eines nationalistischen Weges der polnischen Sozialdemokratie begegnet. Mit ihrem in der *Neuen Zeit* präsentierten, radikal proletarischen Internationalismus und ihrer Ablehnung des sozialistischen Ziels eines unabhängigen Polens – das nach Luxemburg nur ein bürgerlich-feudaler Klassenstaat sein könnte – unterläuft sie die in der österreichischen Arbeiterbewegung geübte „Stillhaltetaktilik“, wonach ein „moderater“ Nationalismus in der galizischen Sozialdemokratie um deren Exponenten Ignacy Daszynski einschließlich einer organisatorisch weitgehenden Autonomie der polnischen Sozialisten innerhalb der österreichischen Partei von Viktor Adler akzeptiert wurde.<sup>4</sup>

Empört protestierte Adler am 13. Mai 1896 im Vorfeld des Londoner Kongres-

ses der II. Internationale bei Karl Kautsky, dem Chefredakteur der *Neuen Zeit*, gegen den Abdruck von Rosa Luxemburgs Aufsatz über die „Strömungen in der polnischen Sozialdemokratie“. Während Rosa Luxemburg die „sozialpatriotische“ Richtung der polnischen Linken als ein de facto Abzielen auf die Restauration „eines unabhängigen polnischen kapitalistischen Klassenstaats“ markiert und in Ignacy Daszynski fortan einen Exponenten des polnischen Rechtsopportunismus sehen soll, schätzt Adler die junge damals in Zürich studierende Luxemburg als eine doktrinaire Emigrantin ein, die mit ihrem militanten Internationalismus gerade auch das brüchige organisatorische Gefüge der österreichischen Partei mit ihren vielen nationalen Widersprüchen gefährdet: „Eben lese ich die höchst unzeitgemäßen Betrachtungen der Genossin Luxemburg, die sich unsern Kopf zerbricht – Ich fürchte, dass die überflüssige aber harmlose polnische Resolution für London grade durch sie zu einer Affaire aufgebauscht wird, noch mehr fürchte ich aber die Wirkung auf unsern Dasz[ynski]. Er ist zwar sehr vernünftig, muß aber, wie wir Alle mit Narren rechnen. Ich werde sofort die Sache mit ihm besprechen u. wahrscheinlich Dich dann bitten, mir für eine Erwiderung Raum zu geben. Jedenfalls bitte ich Dich dringend, etwaige Einsendungen in der Sache vor Drucklegung mir – nicht etwa zu Begutachtung – aber darum vorzulegen, dass ich eventuell Anfügungen, Beschwichtigungen dazu setze, u. rette, was die doktrinaire Gans verdorben hat. Alle diese Emigranten soll der Teufel holen!! Die einen legen das Feuer, die andern blasen hinein!“<sup>5</sup>

Rosa Luxemburg, ab 1898 in der deutschen sozialdemokratischen Agitation in Posen und Oberschlesien unter der polnischen Bevölkerung als Rednerin eingesetzt, vertrat die Ansicht, dass das Streben nach Wiederherstellung Polens die Sozialdemokratie unweigerlich in ein unkontrollierbar nationalistisches Fahrwasser führen wird: „Das Bestreben, Polen durch die Kräfte des Proletariats als einen Klassenstaat wiederherzustellen, erweist sich daher nicht als überflüssig, sondern als undurchführbar, als utopisch.“<sup>6</sup>

Rosa Luxemburg beobachtete gelegentlich die Entwicklung des Sozialismus im österreichischen Teil Polens, so 1898 die Repression gegen sozialrevolutionäre Landarbeiterunruhen in der Umgebung von Neusandez oder später 1911 die galizische Wahlagitation, um wieder einmal Ignacy Daszynskis „nationalisti-

sche Demagogie“ anzuklagen, der die „nationalistischen Phrasen“ des polnischen Bürgertums übertreffen wollte.<sup>7</sup>

In polnischen Parteistreitigkeiten stellte sich Viktor Adler auf die Seite der „nationalistischen“ *Polnischen Sozialistischen Partei* (PPS) und polemisierte wiederholt gegen die von Rosa-Luxemburg oder Leo Jogiches internationalistisch organisierte *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen* (SDKPiL). Während Luxemburg – so im Vorfeld des Dresdner SPD-Parteitags von 1903 – von der PPS verlangte: „Wir wollen nicht den polnischen Klassenstaat errichten, sondern ein sozialistisches Polen.“, sprach Viktor Adler immer wieder verächtlich – etwa am 1. Jänner 1905 August Bebel gegenüber – von der angeblich kleinen und sektiererischen „Rosa-Partei“ in Gegenüberstellung zur „PPS der Polnischen Sozialistenpartei (der großen, nicht den Rosaisen)“.<sup>8</sup> Am 10. Jänner 1905 schrieb Adler an Kautsky: „Du begreifst, dass ich nicht möchte, dass Rosa irgendeine Verschwörung gegen ihre ‚Partei‘ wittert u. mich noch schwärzerer Verbrechen verdächtigt als ich ja in der Tat fähig bin.“ (BVA 451, 454, 461)

In der Polen-Frage hat auch Lenin Rosa Luxemburgs Standpunkt als abstrakt internationalistisch kritisiert und das Recht auf nationale Selbstbestimmung als ein Element einer revolutionären Dynamik eingefordert: Ein Konfliktpunkt, der Lenin und Luxemburg bis 1918 begleitete, etwa nach 1914 in der Frage, ob es in der imperialistischen Periode noch nationale Verteidigungskriege geben kann, oder nach dem Roten Oktober 1917, als Luxemburg im bolschewistischen Prinzip der nationalen Selbstbestimmung mit Blick auf Finnland, das Baltikum oder die Ukraine ein konterrevolutionäres Prinzip sah.

### Revisionismusstreit 1898–1901

Im Zuge des Revisionismusstreits stellte Adler 1898/99 Rosa Luxemburg sarkastisch herablassend als „jene gute alte Bekannte vor, die von der Wiederherstellung Polens absolut nichts wissen will, und so rastlos dagegen agitiert, als wäre das die schlimmste Sorge und die dringendste Gefahr, vor der das polnische Proletariat steht“. Er griff sie als Bündnispartnerin des linken Bernstein-Kritikers Alexander Helphand-Parvus an, als Dogmatikerin des „zwei mal zwei ist gleich vier“: „Im übrigen machen sie und der sehr kenntnisreiche Genosse Parvus sich dadurch unangenehm, dass sie Wahrheiten, die uns Sozialdemokraten

keineswegs neu sind, mit einem aufdringlichen Fanatismus predigen, als wollten sie den unerhörten Satz, dass zweimal zwei vier ist, zum dogmatischen Privilegium einer Sekte erheben. So schmal, wie diese Genossen sich den Pfad vorstellen, auf dem die Sozialdemokratie zu wandeln hat, ist er zum Glück nicht, und so grausam nahe liegt die Gefahr nicht, wie sie glauben, bei jedem Schritt einen Fehltritt gegen das Prinzip zu begehen.“<sup>9</sup>

Mit einer – schließlich am 2. April 1899 in der Wiener *Arbeiter-Zeitung* erscheinenden Rezension von Eduard Bernsteins „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Stuttgart 1899)“ betraut, schrieb Adler am 7. März 1899 an Kautsky, der von Bernstein in einem seiner schiefen Vergleiche als „Kalvinist der Doktrin“ abgewertet worden war: „Ich habe etwas von der banausischen Geringschätzung der Theorie in mir, die wohl jeder hat, der in der Praxis auf- u. vielleicht untergeht. Wenn Ihr mich also wirklich zuerst ins Feuer schickt, so tut es wohl wissend, dass ich Ede weit weniger zürne als den abgeschmackten Pfaffereien von Plechanow, Parvus u. R[osa] L[uxemburg]. Weh tut’s mir, dass ich Plech[anow] in einem Atem mit den Beiden nennen muß! – oder gar den ausgeklügelten, listigen Demagogien des Mehring.“ (BVA, 292)

Rosa Luxemburg, die zeitgleich unter dem Titel „Sozialreform oder Revolution?“ ihre im Herbst 1898 einsetzende, in einer Artikelserie in der *Leipziger Volkszeitung* veröffentlichte Kritik an Eduard Bernstein systematisch fortsetzte, notierte in Kenntnis von Adlers „versöhnlicher“ Kritik an Bernstein am 5. April 1899 gegenüber Leo Jogiches: „In der Anlage sende ich Dir einen Artikel dieses arroganten Juden Adler, Du wirst ihn selbst einschätzen.“ (GB 1, 298)

Nicht zufällig sah Eduard Bernstein in Viktor Adler einen möglichen „Vermittler“ im Reformismuskonflikt. Bernstein schreibt am 3. März 1899 an Adler: „Dass Du mehr wie er (Kautsky – Anm.) geneigt bist, Gegensätze in den Doktrin-Anschauungen zu versöhnen, daran ist natürlich kein Zweifel.“ (BVA 287)

Schon in Reaktion auf den Richtungsstreit auf dem Stuttgarter Parteitag hatte Viktor Adler – immerhin unglücklich über Bernsteins Sager, wonach die österreichischen Sozialdemokraten „Meister jenes Opportunismus“ wären – Mitte Oktober 1898 versucht, die sozialdemokratischen Flügelkämpfe als nicht fundamental entscheidend, eher randständig

darzustellen. Fragen der Marx'schen Mehrwerttheorie, der Konzentrations- theorie, der so genannten „Verelendungs“- oder „Zusammenbruchstheorie“ könnten nicht vor dem Forum eines Parteitagés gelöst werden.

Mit augenzwinkerndem Hinweis auf sein begrenztes theoretisches Wissen wollte sich Viktor Adler einer eindeutig antirevisionistischen Positionierung, die zu einem von August Bebel angedachten Ausschluss der Gruppe um Bernstein hätte führen können, entziehen – so am 16. März 1899 an Karl Kautsky: „Von der Mehrwertgeschichte verstehe ich Nichts, sie ist mir auch völlig Wurst! In seiner Polemik gegen die Katastrophen- theorie beweist [Bernstein] zu viel u. stützt sich auf eine erschreckend oberflächliche Statistik. Die Krisengeschichte ist Profetentum schlechtesten Art. Kurz, ich bin sehr enttäuscht u. so viel Anregung ich Ede verdanke, was ja immer u. immer wieder gesagt sein soll u. so wenig ich wünsche, daß man seine Stimme erstickt, so sehr muß ich doch sagen, manche Nörgelei hätte er sich schenken können, die gar Nichts nützt u. uns sehr schaden wird.“ (BVA 296)

Den Streit um die Marx'-Engels'sche „Kritik der politischen Ökonomie“, um die materialistische Geschichtsauffassung, um die Einschätzung der dialektischen Philosophie als „hegelianischer Fallstrick“ durch Eduard Bernstein, um dessen Qualifizierung der marxistischen Revolutionstheorie als putschistischer Blanquismus tat Viktor Adler als eigentlich bloß akademischen „Streit um Worte“ ab.

In „philosophischen Fragen“ erklärte sich Adler schlicht und einfach für neutral, da sie ihm den sozialistischen Tageskampf nicht zu tangieren schienen. Ob ein sozialistischer Autor für Kant (so Bernstein) oder gegen Kant – Adler widersprach Plechanows Einschätzung vom (Neu-)Kantianismus als bürgerlichem Opium – eintritt, erklärte Adler mehr oder weniger zur Privatsache. Nach Adler handelte es sich dabei nur um „Fragen

der Metaphysik“ abseits sozialistischer Praxis: Wir „denken vor allem an die heftige Debatte, die sich über das Verhältnis des historischen Materialismus zur Erkenntnistheorie und um den Ruf: ‚Zurück auf Kant!‘ entsponnen hat. Aber ein so günstiges Zeichen es für die Kulturhöhe und die geistige Regsamkeit der deut-



Rosa Luxemburg (1871–1919)

schon Arbeiter ist, dass solche Diskussionen überhaupt möglich sind; entschieden können diese Fragen auf dem Boden der Partei nicht werden, denn man mag daran zweifeln, dass sie Transzendentes, Metaphysisches betreffen – darüber dürfte doch kein Streit sein, dass sie der Metapolitik angehören, dass sie jenseits aller Politik liegen. Wenn wir vom Streit erhitzten Soldaten des Klassenkampfes uns auf solche Erörterungen einlassen, sind wir in Gefahr, unsere Soldatengewohnheiten mitzubringen – vide nicht nur Plechanow, sondern auch Bernstein –, wodurch die Unbefangenheit unserer Philosophie bedenklich getrübt wird. Wir lassen darum Bernsteins Angriff gegen Hegel und die Dialektik ebenso auf sich beruhen, wie Plechanows forschende Arbeit der Renaissance des Kantianismus.“

Viktor Adler wertete noch 1901 die postulierte Theorieabstinenz Bernsteins zur Beliebigkeit von „philosophischen Fragen“ herab, die nicht besonders wichtig sind und für den als praktisch vorgestellten Sozialisten auch keine Rolle spielen: „Ich gestehe, dass ich außer etwa von Konrad Schmidt und Sadi Gunter wenig Philosophisches in unserer neueren Parteiliteratur gelesen habe, das mir nicht geradezu schmerzhaft gewesen wäre. Das gilt von Plechanow bis Bernstein und von Bernstein bis Plechanow. Man möge mir diese Bemerkung ja nicht als Dünkel auslegen: Ich selbst verstehe von diesen Dingen nur eben gerade genug, um zu wissen, dass ich darüber respektvoll zu schweigen habe; das tue ich denn auch.“

Für Rosa Luxemburg war der Streit über die materialistische Gesellschaftsauffassung mehr als ein Gelehrtenstreit, für sie ging es dabei um die proletarische Klassenposition. In der Denunziation von Theorie als „alltagsfremd“ sah sie eine indirekte Schützenhilfe an den antimarxistischen rechten Parteiflügel um Georg Vollmar, Max Schippel, Wolfgang Heine, um die süddeutschen „Budgetbewilliger“. Im Vorfeld zum Parteitag von Hannover im Herbst

1899 markierte Rosa Luxemburg vor allem zwei „Manöver der Verteidiger Bernsteins“ und damit auch jener, die Bernstein ähnlich Adler zumindest Verständnis entgegen brachten: die Berufung auf die so genannte „Freiheit der Kritik und der Wissenschaft“, womit „frisches Leben in die Partei“ komme und die „alte Agitationstour Abwechslung“ fände: „Diese Kritik ist eine Theorie der Versumpfung, für die es in unseren Reihen keinen Raum gibt.“

Als zweites Gedankenmanöver nannte Luxemburg das gerade von Adler angewandte Muster des „Sich-Dumm-Stellens“, indem „die zur Diskussion stehenden Fragen als so sehr gelehrt, verwickelt und schwierig [dargestellt werden], dass eine Beurteilung, geschweige Beschlussfassung des großen Haufens der Genos-

sen in diesen Fragen als eine Anmaßung sondergleichen erscheinen muß“.<sup>10</sup>

Viktor Adlers Position war ähnlich jener des deutschen Parteirechten Ignaz Auer, der am 18. September 1899 im Vorfeld zum Parteitag von Hannover mit Brief an Adler marxistische Theoriedebatten als „Salberei“ qualifizierte: „Auf Wiedersehen in Hannover! wohin Du hoffentlich eine gehörige Portion südlichen Humors mitbringst, um die tagelangen Salbadereien über Taktik, granitene Grundlagen des Marxismus, Opportunismus, revolutionäre Energie, Endziele usw. usw. ohne Schaden ertragen zu können.“ (BVA, 323)

Viktor Adler akzeptierte Bernstein 1898/99 als einen „Fanatiker der Gerechtigkeit“, als einen kritischen, wenn auch im englischen Exil „tradeunionistisch“ geprägten und von der sozialistischen Praxis isolierten „Skeptiker“. Die Kritik an Bernstein wollte Viktor Adler auf dessen „taktische“ Schlussfolgerungen begrenzen. Die Preisgabe des „sozialistischen Endziels“ gilt Adler immerhin als ein Zugeständnis Bernsteins an die bürgerliche Ideologie. Von einer sich anbahnenden Klassenharmonie will Adler angesichts wiederholter antisozialistischer „Zuchthausvorlagen“ gleichfalls nichts erkennen: „Wenn Bernstein aber auf Grund englischer Erfahrungen meint, eine Milderung der Klassengegensätze, eine Abschwächung des Klassenkampfes sei in Aussicht oder möglich, so hat ihm der Parteitag die Antwort gegeben, die wir alle ihm geben müssen. (...) Keinesfalls gibt es irgendeine Erfahrung, die uns veranlassen könnte, den Panzer des streng geschlossenen proletarischen Kampfes abzulegen.“

Im Frühjahr 1899 erklärte Adler neuerlich, Bernsteins optimistisch legalistischer Reformismus konnte sich nur „weltabgewandt“ in einem englischen Cottagehaus unter völligem Absehen von allen (geplanten) Repressionen gegen die Kampfmittel der Arbeiterbewegung entwickeln, – unter völliger Blindheit etwa gegenüber der Realität der preußischen Klassenjustiz, die im gerade Aufsehen erregenden so genannten „Löbtauer Urteil“ vom Feber 1899 in Dresden neun ausständige Bauarbeiter wegen Protests gegen Lohnraub zur unglaublichen Gesamthaftstrafe von 54 Jahren und 70 Jahren Ehrverlust verurteilt hatte.

Adler äußert am 17. März 1899 gegenüber Bernstein die Hoffnung, dass seine Rezension der „Voraussetzungen des Sozialismus“ hoffentlich „einigen Parvus“, also der marxistischen Kritik,

zuvorkommt. Allen Streit über „das Theoretische“ weist Adler mit einem Federstrich zurück, nur die taktischen Forderungen Bernsteins irritieren ihn: „Am Meisten – das Theoretische liegt mir fern, mach Dir das mit Karl aus – ärgert mich die taktische Seite. Du konstruierst Dir einen Begriff von ‚Revolution‘, den kein Mensch mehr hat, außer ein paar ganz alte Polizisten, und sagst dann emphatisch, wir sind nicht ‚revolutionär‘, wir sind Reformpartei. (...) Du stellst uns als Schafe im Wolfspelz dar und willst uns das Fell rauben!“ (BVA 298)

Eigentlich kritisierte Viktor Adler Eduard Bernstein nur, weil er mit seiner demokratisch-legalistischen Reformhaltung die „altbewährte Taktik“ stört, mit überflüssigen, ohnedies „offene Türen einrennenden“ Mahnungen zur Legalität irritiert. Kaum ein Sozialdemokrat müsste von der Notwendigkeit des täglichen Kampfes um soziale und politische Reformen überzeugt werden. Kaum ein Sozialdemokrat hat es notwendig, von Bernstein zur Abkehr von einer „Gewalttaktik“ ermahnt zu werden: Wie „auch jeder einzelne von uns darüber denken mag, ob die ‚Katastrophe‘ fern oder nah ist, wir setzen alle Kräfte an die langsame Hebung der Lebenshaltung und der politischen Macht des Proletariats, als ob sie allein das ‚Endziel‘ wäre, und wir arbeiten so fieberhaft rastlos daran, als ob morgen die ‚Katastrophe‘ vor der Tür stünde.“

Bernsteins Revolutionsbegriff orientiert sich an den gespensterhaften Vorstellungen des bürgerlichen Polizei- und Justizapparats. Bernstein zeichnet nach Adler ein karikierendes Bild vom sozialdemokratischen Revolutionsdenken im „Heugabelsinn“: „Es ist absolut überflüssig, dass [Bernstein] der Sozialdemokratie ein Kollegium über die Aussichtslosigkeit und Verwerflichkeit der Gewalttaktik liest. Er selbst weiß das, denn er wiederholt unausgesetzt, dass die Werke der Partei mit keiner Form von Gewalttaktik etwas zu tun haben, und er wäre verpflichtet, zu wissen, dass auch ihre Worte frei sind von phrasenhaftem Appell an die Gewalt. Was will Bernstein also? Ein Wort hat es ihm angetan, das Wort: Revolution, dem läuft er nach, und das will er aus dem Wörterbuch der Partei ausmerzen. Möge Genosse Bernstein verzeihen: Hier wird er einfach kindisch. Erst definiert er das Wort Revolution, wie nur noch ganz alte Staatsanwälte als ‚gleichbedeutend mit Aufstand, beziehungsweise außergesetzlicher Gewalt‘ und dann widerrät er sehr umständlich den Gebrauch dieses so fein definierten Wortes.“<sup>11</sup>

Die deutsche und österreichische Sozialdemokratie muss Bernsteins Mahnung zur reformistischen Legalität zurückweisen, da sie dieser Taktik ohnedies schon zu sehr verpflichtet ist. Die revolutionäre Linie muss nach Adler aber zumindest als Tradition und Drohpotential gewahrt werden: „Wenn die Sozialdemokratie aufhört, sich eine revolutionäre Partei zu nennen, wenn sie sich entschließt, nur mehr als ‚demokratisch-sozialistische Reformpartei‘ aufzutreten, dann werden bei den herrschenden Klassen die latenten Schätze ihrer Ethik frei werden, dann wird der Einfluss der Einsichtigen und Anständigen unter ihnen so sehr wachsen, dass sie der Notwendigkeit demokratischer Einrichtungen zum Durchbruch verhelfen können. Ja, noch mehr: auch auf die sehr aktuelle Frage: Wie soll die Beseitigung des Klassenwahlsystems und die Demokratisierung der Gemeinde erkämpft, wie soll die geplante Vernichtung des Reichstagswahlrechtes verhindert werden? findet Bernstein keine andere Antwort als jenen Verzicht auf das Wort Revolution.“

Manche „kleinbürgerlich demokratisierende“ Konsequenz des Reformismus wollte also auch ein Viktor Adler 1901 nicht verschweigen, indem er mit dem Hinweis, dass es auch in Österreich einige „Bernsteinianer“ gibt, Tendenzen zur „Verphilisterung unserer Partei“ beklagte, die sich als „eine grinsende Skepsis gegenüber allem, was proletarische Sittlichkeit und gar, was proletarischer Heroismus ist“, und als „wissenschaftlich sein wollende Gerechtigkeitsduselei gegenüber allen offenen und verkappten Gegnern der Arbeiterklasse“, als „eine falsche Objektivität, die bis zur Lähmung des eigenen Urteils geht“, breit macht: „Dazu Neigung zu Kompromissen, bis es bald gar nichts zu kompromittieren gibt. Der Militarismus wird plausibel, das Budget samt dem Bedarf der Klassenjustiz und des Polizeiknüppels akzeptabel, es gibt schier nichts mehr, was wir nicht schlucken sollen.“

Bernsteins Theorie – das sieht auch Adler so – ist eine des Misstrauens gegen die Fähigkeit der Arbeiterklasse, er „scheint namentlich von der fixen Idee verfolgt zu sein, die zukünftige proletarische Revolution werde ihre Sache möglichst dumm anstellen und etwa in einer längeren Nachtsitzung auf dem Weg einiger Dekrete die gesamte kapitalistische Wirtschaft auf sozialistische Beine stellen wollen. Unseres Erachtens besteht aber nicht der geringste Zwang, sich die Diktatur des Proletariats so naiv vorzu-



stellen. Dass die Umwälzung keine plötzliche und allseitige sein kann, wird bei näherer Überlegung jedem klar sein, und wenn wir noch heute selbst in den kapitalistisch gründlichst revolutionierten und fortgeschrittensten Ländern mit nicht unansehnlichen Resten des Feudalismus zu tun haben, so haben wir gewiss zu gewärtigen, dass kapitalistische Wirtschaftselemente und Produktionsformen noch weit in die sozialistische Zeit hinein bestehen bleiben werden.“

Viktor Adler warf Bernstein auch im Rückblick 1901 vor, kapitalistischen „Prosperitäts“-Illusionen jenseits von Krise und Arbeitslosigkeit anzuhängen, mit der Kritik am Marxismus zum „äußersten Exzess revisionistischer Superklugheit“ von „Budgetbewilligern“ beizutragen, vom französischen Millerandismus-Debakel unbelehrt geblieben zu sein.

Nichtsdestotrotz sah Adler im Revisionismusstreit nur einen „Krakeel“ ohne größere Folgen: „Es scheint mir ein Zeichen der unverwüstlichen Gesundheit der deutschen Sozialdemokratie, dass ihr der ganze kritische Krakeel samt dem revisionistischen Spektakel, soweit ich sehen kann, gar nicht nahegegangen ist.“

Nach Adler gefährdet der reformistische Opportunismus als Frage von „Tinte und Druckerschwärze“ die sozialistische Tradition nicht: Da „bisher keine Tatsachen gesetzt sind, die unwiderruflich wären, und deren Folgen man nicht entrinnen könnte, da sich alles nur in Tinte und Druckerschwärze zugetragen hat, so darf man hoffen, dass das kritische Gewitter wie seine Abwehr ohne bleibenden Schaden vorbeiziehen wird.“

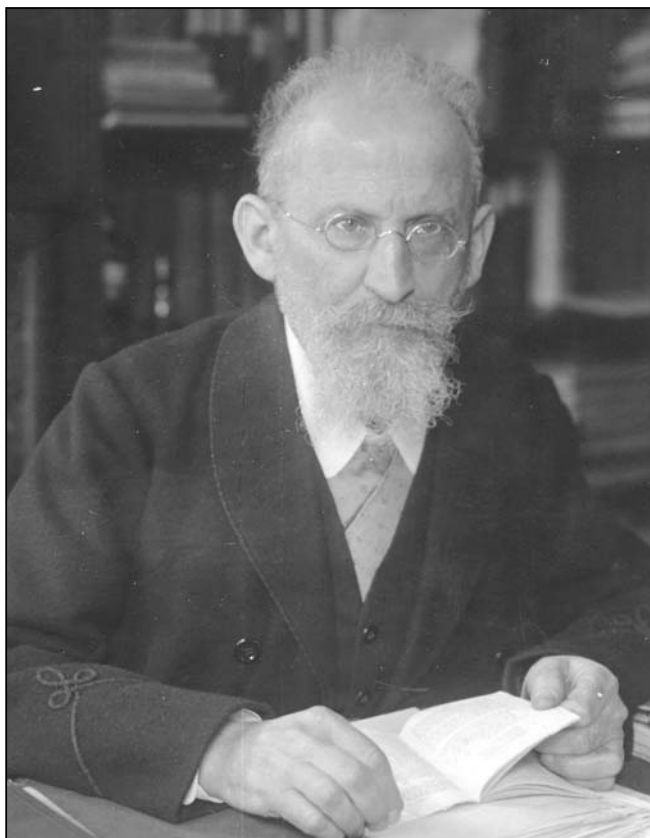
Angesichts der österreichischen „Wiener Programmdiskussion“ glaubte Adler 1901 aus der „Bernsteindebatte“ sogar indirekt etwas lernen zu können, eine angeblich verschärfte Klarstellung des Missverständnisses vom wie das Schicksal historisch automatisch heraufziehenden Sozialismus („Attentismus-Vorurteil“) und eine verschärfte Abgrenzung gegen eine Marx und Engels zugeschriebene Verelendungstheorie: „Ohne der näheren Erörterung des österreichischen Programmentwurfes vorzugreifen, sei hier zunächst gesagt, dass die Bernsteindebatte samt der ihr folgenden Revisionistenbewegung nur in zwei Punkten dafür nutzbar zu machen war oder vielmehr berücksichtigt werden musste. In dem theoretischen Teil des Programms wurden alle Wendungen vermieden, die von revisionistischem Missverständnis als historischer Fatalismus oder Automatismus ausgelegt werden könnten, und es

wurde die Feststellung der Tatsache der fortschreitenden Proletarisierung in Sätze gekleidet, deren nun präzisere Fassung nicht leicht der Gefahr unterliegen dürfte, als selbstgeschaffene Karikatur einer Verelendungstheorie zur Zielscheibe kritizistischen Eifers zu werden.“<sup>12</sup>

Viktor Adler stellte sich in Summe sogar mehr gegen „linke Luxemburg-Parvus-Pfaffereien“ als gegen die Bernstein-Gruppe. Adler wollte sich als über der Sache stehender Mediator stilisieren, so 1901: „Ich gestehe – und ich wage die Gastfreundschaft der ‚Neuen Zeit‘ auch für

diese Bemerkung in Anspruch zu nehmen –, dass mir Ton und Methode der Abwehr, wie sie von Plechanow, Parvus, Rosa Luxemburg und mitunter auch von Kautsky selbst an dieser Stelle geübt wurde, nicht selten ein Stein des Anstoßes war; ich gestehe, dass ich, um ein aktuelles Beispiel zu wählen, die Hinschlachtung gleich einer ganzen Hekatombe von ‚Opportunisten‘ weder für sachlich berechtigt noch für klug halte, aber ich gestehe ebenso offen, dass ich aus meinem eigenen Unbehagen heraus, das mir die Leistungen des Revisionismus in allen seinen Spielarten verursachen, manchen sonst unbegreiflichen Exzess erklärlich finde.“<sup>13</sup>

Rosa Luxemburg hat ganz konträr zu Adler den politisch grundlegenden Charakter des Revisionismusstreits über das singuläre Phänomen Eduard Bernstein hinaus in ihrem mit 18. April 1899 datierten Vorwort zu „Sozialreform oder Revolution?“ herausgestrichen: „Die durch Bernstein theoretisch formulierte opportunistische Strömung in der Partei ist nichts anderes als eine unbewusste Bestrebung, den zur Partei herübergekommenen kleinbürgerlichen Elementen die Oberhand zu sichern, in ihrem Geiste die Praxis und die Ziele der Partei umzumodeln. Die Frage von der Sozialreform und der Revolution, vom Endziel und der Bewegung, ist von anderer Seite die Frage vom kleinbürgerlichen oder proletarischen Charakter der



Eduard Bernstein (1850–1932)

Arbeiterbewegung.“ Es handelt sich bei diesen „theoretischen Auseinandersetzungen“ nicht „lediglich um eine Sache der ‚Akademiker‘“ (1/1, 371<sup>14</sup>)

Für Luxemburg ist Bernstein schon ein „bürgerlicher Theoretiker des Liberalismus“, angelehnt an die Begrifflichkeit der bürgerlichen „Vulgärökonomie“ unter Preisgabe der Marx’schen Kritik der politischen Ökonomie (Werttheorie, Mehrwerttheorie, Krisentheorie) (1/1, 422), ein Liquidator der materialistischen Geschichtsauffassung (1/1, 436), ein Apologet des „bürgerlichen Parlamentarismus“ (1/1, 433), ein Mahner vor der „verführten Revolution“ (1/1, 435), der Prediger der „Aussöhnung mit dem bürgerlichen Liberalismus“ (1/1, 436): „In der Tat! Wenn [Bernstein] dem Marx’schen ökonomischen System abschwört, um auf die Lehren von Brentano, Böhm-Jevons, Say, Julius Wolf zu schwören, was tut er anderes, als die wissenschaftliche Grundlage der Emanzipation der Arbeiterklasse mit dem Apologetentum der Bourgeoisie vertauschen? Wenn er von dem allgemeinmenschlichen Charakter des Liberalismus spricht und den Sozialismus in seine Abart verwandelt, was tut er anders, als dem Sozialismus den Klassencharakter, also den geschichtlichen Inhalt, also überhaupt jeden Inhalt nehmen und damit umgekehrt die historische Trägerin des Liberalismus, die Bourgeoisie, zur Vertreterin der

allgemeinmenschlichen Interessen machen.“ (1/1, 438)

Mit Blick auf Bernsteins Auffassung von Wissenschaft als einem klassenneutralen Phänomen stellt Rosa Luxemburg die Frage: „Was tut [Bernstein] im Grunde genommen anders, als der Arbeiterklasse die Quintessenz der Moral der Bourgeoisie: die Aussöhnung mit der bestehenden Ordnung und die Übertragung der Hoffnungen ins Jenseits der sittlichen Vorstellungswelt, predigen?“ Hinter Bernsteins Kampf gegen die Dialektik, hinter seiner „Gedankenschaukel des Einerseits-Andererseits, Zwar-Aber, Obgleich-Dennoch, Mehr-Weniger“ steht für Luxemburg Bernsteins „bürgerliche Weltanschauung“. (1/1, 439)

Während Viktor Adler im Revisionismusstreit gleichsam den pluralistischen sozialdemokratischen Meinungs austausch (bürgerliche Stichworte: Meinungsfreiheit, „Selbstkritik“) sieht, spricht Luxemburg davon, dass „die Diskussion mit Bernstein zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen, zweier Klassen, zweier Gesellschaftsformen geworden [ist]. Bernstein und die Sozialdemokratie stehen jetzt auf gänzlich verschiedenem Boden. Das Bernsteinsche Buch hat für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung eine große geschichtliche Bedeutung: Es war dies der erste Versuch, den opportunistischen Strömungen in der Partei eine theoretische Grundlage zu geben.“ – Jenen opportunistischen Strömungen, die schon auf die Tage des „Sozialistenverbots“ der 1880er Jahre, auf die „Dampfersubventionsfrage“, auf „Vollmars Staatsozialismus, die bayerische Budgetabstimmung, den süddeutschen Agrarsozialismus, Heines Kompensationsvorschläge, endlich Schippels Zoll- und Milizstandpunkt“ zurückgehen.

Bernsteins Theorie ist für Luxemburg nichts anderes als die offen scharfe Preisgabe des Klassenkampfprinzips und damit zugleich „die theoretische Feuerprobe für den Opportunismus“ (1/1, 440f.): „Die jetzige opportunistische Strömung überwinden heißt sie von sich weisen. Bernstein lässt sein Buch in den Rat an die Partei ausklingen, sie möge zu scheitern wagen, was sie sei: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Die Partei, d.h. ihr oberstes Organ, der Parteitag, müsste unseres Erachtens diesen Rat quittieren, indem er Bernstein veranlasst, seinerseits auch formell als das zu erscheinen, was er ist: ein kleinbürgerlich-demokratischer Fortschrittler.“ (1/1, 445)

Adler auf der anderen Seite hatte sich

vielmehr Sorgen gemacht, dass für Bernstein kein Platz mehr in der Partei sein könnte, dass dieser aus der Sozialdemokratie verdrängt wird, dass von Seite Bebels oder Kautskys eine sozialliberale Parteiabspaltung riskiert wird. An August Bebel schrieb Adler am 1. November 1898 befürchtend, dass „Ihr, vor allem Du und Karl [Kautsky], durch allzu große Strenge Ede immer mehr nach rechts drängt.“ Nach Adler ist alles zu vermeiden, was dazu führt, dass „ein Mann wie Ede keinen Platz in der Partei“ mehr hat. (BVA 266)

### Belgienstreit 1902: „Sozialistischer Legalismus“ und die „Gewaltfrage“

Im Frühjahr 1902 verschärfte Viktor Adler während des Streits über die Taktik im belgischen Wahlrechtskampf (Massenstreikabbruch, Bündnispolitik) seine Angriffe auf die deutsche Parteilinie. Viktor Adler plante vorübergehend, in der *Neuen Zeit* direkt auf Rosa Luxemburgs Artikel über „das belgische Experiment“ zu antworten, wie er Kautsky am 17. Mai 1902 ankündigt: „Seit Wochen will ich Dir schreiben, respektive in der N.Z. über das mir widerwärtige Treiben der Rosa u. des Franz gegen die Belgier meiner Galle Luft machen. (...) Man treibt ja Schindluder mit den Belgiern u. was die Leipz. Volksz. leistet, muß Jeden anekeln, der es ernst nimmt u. dem Blut u. Leben der Geschichte nicht nur Papier u. papierenes Argument in Papierschlachten für papierne Revolution ist.“ (BVA 395)

Rosa Luxemburg war über diesen Plan Adlers informiert, wie sie am 22. Mai 1902 an Clara Zetkin berichtet: „Denken Sie: Chaim, vulgo Victor, geht gegen mich in der belgischen Frage los. Er hat Karl einen Artikel angekündigt. Ich vermute, dass er mit dem wohlduftenden Vandervelde korrespondiert und ihm eine ‚Rettung‘ angedeihen lassen will. Mir kann’s nur recht sein, ich antworte ihm mit Wonne.“ (GB 1, 637)

Obwohl Adler die Luxemburg’sche „Überhebung der Tintenflasche“ in der Belgien-Frage unerträglich schien, verzichtete er auf eine öffentliche Replik, um nicht als ein „Über-Bernstein“ dazustehen. (BVA 398, 404)

Die Luxemburg’sche Ansicht, die belgischen Sozialisten hätten den Massenstreik im April 1902 radikalieren sollen, erinnert Adler an die österreichische Parteigeschichte der 1880er Jahre mit ihrer Spaltung in „Radikale“ und „Gemäßigte“, an den von ihm stets mit Ablehnung gezeichneten österreichischen

syndikalistischen Arbeiterradikalismus mit seinen (Massen-) „Krawalldemonstrationen“ und mit seiner individualanarchistischen „Propaganda der Tat“.<sup>15</sup>

Rosa Luxemburgs damals noch an Karl Kautskys „sozialer Revolution“ orientierte Überlegungen zur proletarischen Gewalt, ja allein das Andenken der „Gewaltfrage“ wies Adler abschließend am 6. Juni 1902 zurück: „Es gibt wirklich Leute, die das Gerede der Rosa über ‚die Gewalt‘ geistreich finden. Ich habe selten Abgeschmackteres gelesen. Sie will nicht ‚verzichten‘ auf die Gewalt! Na, u. wenn!? Welcher Esel verzichtet oder verzichtet nicht?? Solches Zeug haben wir in den Achtziger Jahren schlucken müssen, damals war es nötig, heute ists der reine revolutionäre Kafetratsch! Und in diesen Stiefel lässt Du Dich durch Deine lächerlich übertriebene Furcht vor den Revisionisten hineinreiten. Mit der Gewalt ists meines Erachtens so – erstens muß man sie haben, zweitens kann man sie anwenden od. nicht anwenden, beides kann vernünftig sein, aber von ihr reden ist unter allen Umständen das Dummste, was man mit ihr machen kann.“ Von „Rosa und Franz“ würden die deutschen Genossen in „großmäulige Illusionen hineingehetzt“, so Adler polemisch vom so genannten Praktikerstandpunkt: „Wir suspekten Menschen hier haben alle mit Säbeln u. Pferden mehr als einmal zutun gehabt, wissen auch, was es heißt in einem konkretem Momente konkrete Entscheidungen zu treffen, die Menschenleben betreffen. Meinst Du, dass ich, wenns wieder kommt, bei der Rosa nachschlagen werde, wie das mit der ‚Gewalt‘ eigentlich ist??“ (BVA 403f.)

Kautsky hatte zuvor Adler in der Luxemburg-Kritik nicht zustimmen wollen, er verteidigte Ende Mai 1902 „Rosa und Franz“ gegen die „Dummheit der [belgischen] Führer“: „Wohin ich sehe, herrscht hier in Sache der Belgier nur eine Stimme, ausgenommen die ärgsten Opportunisten. (...) Du bist der Einzige, den diese Artikel der Rosa in Wut versetzen.“ Kautsky warf der belgischen Parteiführung vor, dass sie die außerparlamentarischen Kampfmittel, wie den Massenstreik, nur als leere Drohfassade aufgebaut hatte: „Das ist es, was ich den Belgiern, den Führern vorwerfe. Nicht dass sie den Generalstreik einstellten, aber dass sie die ganze Woche vorher ebenso frivol wie kopflos vorgingen, leichtfertig eine Waffe nach der andern hervorzogen, in der Sonne blitzen ließen, damit furchtbar drohten und dann – ruhig

wieder einsteckten, ohne sie versucht zu haben.“ Auch August Bebel teilt diese Einschätzung, versteht Adlers Angriff auf Luxemburg und Mehring nicht, ist der Ansicht, dass Adler nur bei den „schlimmsten Opportunisten“ der deutschen Sozialdemokratie mit seiner Verteidigung von Vanderveldes Rückzugstaktik ein positives Echo finden wird, so beim späteren Sozialchauvinisten Albert Südekum: „Südekum allerdings wird Dich darob in sein Herz schließen.“ Vandervelde, der „hohle Poseur“, der mit den „Liberalen mogelt“, hat nicht zufällig während der belgischen Straßenkämpfe in seinem kleinbürgerlichen Milieu mit Südekum diniert: „Hast Du das Bild gesehen, wo [Südekum] mit Herrn und Frau Vandervelde beim Diner in ihrer luxuriösen Villa photographiert ist? Auf derselben Seite des Brüssler illustrierten Blattes erschienen Photographien der Straßenkämpfe! Auch eine Ironie der Geschichte.“ (Briefe von Karl Kautsky an Viktor Adler vom 19. und 23. Mai 1902 in: BVA, 395–402.)

An Franz Mehring mag Viktor Adler geärgert haben, dass dieser die belgische Niederlage dem Bruch „mit der alten, ehrlichen, revolutionären Taktik des klassenbewußten Proletariats“ zuschrieb, d.h. dem „staatsmännischen“ Verhalten der belgischen Genossen, wonach „das dortige Proletariat noch nicht reif“ sei, wonach die belgischen Arbeiter von einer ausländischen Militärintervention, von den „Bajonetten der Preußen und Franzosen“ bedroht gewesen wären. Von Mehrings These, der Abbruch der belgischen April-Streikbewegung zeugt von den „Früchten“ des „Opportunismus“ und „Revisionismus“, fühlte sich Viktor Adler provoziert. Im Mai 1902 hatte Mehring notiert, dass die Niederlage der belgischen Wahlrechtsbewegung zu den würdelosen, demoralisierenden Niederlagen zählt. Diese Niederlage in einem kleinen Land galt Mehring als „europäische Blamage“ der sozialistischen Arbeiterbewegung.<sup>16</sup>

Viktor Adler lehnte offenbar Rosa Luxemburgs Polemik gegen die sozialistische „Kompromissallianz mit den Liberalen“, ihre Angriffe auf das „Zaudern der Sozialisten in der Proklamie-

rung des Generalstreiks“, ihre Kritik, wonach der belgische Generalstreik „im voraus in die Fesseln der Legalität“ geschmiedet, aus einem „Kriegsmarsch“ zur „Sonntagsparade“ degradiert worden war, indem „vor dem Angesicht des

Bewegungen der Arbeiterkolonnen [zu] bestimmen und nötigenfalls den Generalstreik ab[zu]kommandieren“, überlassen: Die Niederlage ist für Luxemburg – so wie für Mehring – ein Ergebnis des sozialdemokratischen „Opportunismus“.<sup>17</sup>

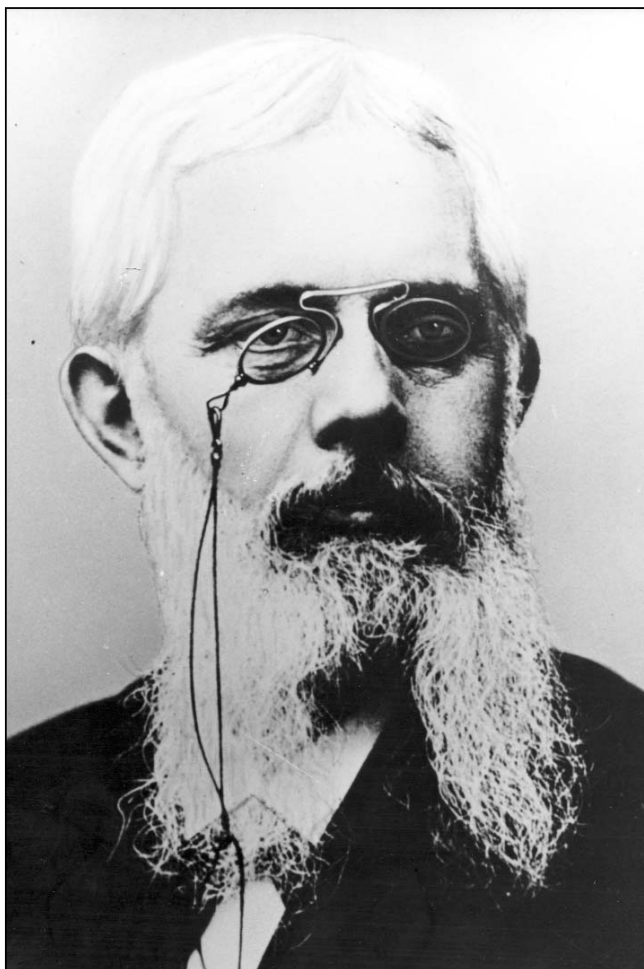
In direkter Antwort auf den von Viktor Adler gestützten Emile Vandervelde widersprach Rosa Luxemburg in der *Neuen Zeit* im Mai 1902 sozialdemokratischen Illusionen von der „bürgerlichen Gesetzmäßigkeit“, der „Theorie des sozialistischen Legalismus“: „Mit einem Worte: Was sich als bürgerliche Gesetzmäßigkeit präsentiert ist nichts anderes als die von vornherein zur verpflichtenden Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse.“

Die Frage nach der anzuwendenden sozialistischen Gewalt, also die Frage nach der notwendigen Radikalisierung, dem Fortentwickeln der sozialistischen Kampffraktion ist für Rosa Luxemburg unausweichlich. Viktor Adler hält allein die Fragestellung für verfehlt.

Geradezu paradox schien es Luxemburg, die belgische Niederlage für die Forderung nach einem opportunistisch rechten Kurswechsel zu instrumentalisieren, also auf den Kopf gestellt die schüchterne Rede vom „Generalstreik“ für den Misserfolg verantwortlich zu machen:

„Die wichtigste Lehre des belgischen Experimentes lautet also nicht gegen den Generalstreik als solchen, sondern umgekehrt gegen eine parlamentarische Allianz mit dem Liberalismus, die jeden Generalstreik zur Unfruchtbarkeit verurteilt.“

Parlamentarische Hoffnungen gehen nach Luxemburg vielmehr einher mit Illusionen über das Ende der objektiven Gewalt bürgerlicher Klassenherrschaft: „Es genügt, sich diese einfachen Tatsachen zu vergegenwärtigen, um einzusehen, dass die Frage: Revolution oder rein gesetzlicher Übergang zum Sozialismus? nicht eine Frage der sozialdemokratischen Taktik, sondern vor allem eine Frage der geschichtlichen Entwicklung ist. Mit anderen Worten: Indem unsere Opportunisten die Revolution aus dem proletarischen Klassenkampf eliminieren, dekretieren sie damit zugleich nicht mehr und nicht weniger, als dass die Gewalt aufgehört hat, ein Faktor der modernen Geschichte zu sein.“



Franz Mehring (1846–1919)

Feindes“ die Kanonenbewaffung in das Wasser geworfen wurde, ab.

Viktor Adlers Zorn bezog sich auf Luxemburgs These von der Wirkungslosigkeit rein parlamentarischen Agierens ohne Druck der Massen, richtete sich gegen Luxemburgs Kritik des „sozialistischen Legalismus“. Luxemburg hatte nach der Niederlage der belgischen Genossen und auch in Nachwirkung der französischen „Millebrandismus-Krise“ in der Tat festgehalten: „Ihre parlamentarische Aktion blieb wirkungslos, weil hinter ihr der Druck des Generalstreiks ausblieb. Und der Generalstreik blieb wirkungslos, weil hinter ihm die freie Entfaltung der Volksbewegung, das Gespenst der Revolution nicht drohte. Mit einem Worte: Die außerparlamentarische Aktion wurde der parlamentarischen aufgeopfert, aber dadurch gerade wurden beide zur Unfruchtbarkeit und der ganze Kampf zum Fiasko verurteilt.“ Die Vandervelde-Parteiführung hat geradezu der belgischen Bourgeoisie das Recht, „die



Viktor Adler (1852–1918)

Die Rechten, die phobisch auf den politischen Massenstreik einschlagen, indem sie ihn auf die anarchistische Generalstreikutopie reduzieren, mögen die Brutalität der Klassenjustiz nach innen (u.a. „Löbtau 1899“) und die imperialistischen Gewalttaten nach außen als Beispiele „bürgerlicher Gesetzmäßigkeit“ zur Kenntnis nehmen: „Daran ist nun das Phantastische der ganzen Theorie des sozialistischen Legalismus zu messen. Während die herrschenden Klassen in vollem Umfang, in ihrem ganzen Tun und Lassen sich auf die Gewalt stützen, soll das Proletariat allein im Kampfe gegen diese Klassen auf den Gebrauch der Gewalt von vornherein und ein für allemal verzichten. Und zwar welches fürchterliche Schwert soll ihm als Waffe zur Niederzwingung der herrschenden Gewalt dienen? Dieselbe Gesetzlichkeit, in der sich die Gewalt der Bourgeoisie zu einer herrschenden, zur gesellschaftlichen Norm stempelt!“

Arbeitergewalt ist dementsprechend nicht nur als „Mittel der Defensive“ etwa zum Schutze des Wahlrechts, des Streikrechts, gegen einen bonapartistischen Staatsstreik erforderlich, sondern auch das „unersetzliche Mittel der Offensive dort, wo das gesetzliche Terrain des Klassenkampfes erst zu erobern ist“, so Luxemburg gegen jene Sozialdemokraten, die die „bürgerliche Demokratie“ für die Form der „über allen Klassen stehen-

den“ Demokratie an sich halten, die glauben, dass „der Sozialismus nur durch die Demokratie des bürgerlichen Staates verwirklicht werden“ kann.

Rosa Luxemburg wollte dabei nicht auf den von Friedrich Engels in den 1890er Jahren für überholt erklärten „Barrikadenkampf“ abstellen, sondern nur vor der Illusion „friedlich“ reformistischen „Hineinwachsens“ in den Sozialismus warnen: „Der Parlamentarismus als alleinseligmachendes politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse ist ebenso phantastisch und in letzter Linie reaktionär wie der alleinseligmachende Generalstreik oder die alleinseligmachende Barrikade. (...) Aber die klare Einsicht in die Notwendigkeit der Gewaltanwendung sowohl in einzelnen Episoden des Klassenkampfes

wie zur endgültigen Eroberung der Staatsgewalt ist dabei von vornherein unerlässlich, sie ist es, die auch unserer friedlichen, gesetzlichen Tätigkeit den eigentlichen Nachdruck und die Wirksamkeit zu verleihen vermag.“ Ein offener sozialistischer Gewaltverzicht „von vornherein“, wie ihn „die Opportunisten nahelegen“, ein Einschwören der „Arbeitermassen auf die bürgerliche Gesetzlichkeit“ führt nach Luxemburg dazu, dass der ganze „parlamentarische und sonstige politische Kampf früher oder später kläglich in sich selbst zusammen[fällt]“ und „der uneingeschränkten Herrschaft der Gewalt der Reaktion das Feld“ geräumt werden muss.<sup>18</sup>

### 1905: Viktor Adler ein Verräter am Marxismus“

Im Streit über den Massenstreik in Folge der russischen Revolutionserfahrung verglich Rosa Luxemburg am 3. Oktober 1905 Viktor Adler mit den deutschen Parteirechten Richard Gradnauer und Kurt Eisner: „Karolus hatte sich über einen gemeinen Artikel Adlers in der ‚Wiener Arbeiter-Zeitung‘ – ‚Zum Jenaer Parteitag‘ – mit einer bössartigen Polemik gegen den Generalstreik, ganz im Geiste von Eisner und Gradnauer geärgert.“ Kautsky hat Viktor Adler deshalb gegenüber Rudolf Hilferding als einen „Verräter am Marxismus“ bezeichnet. (GB 2, 198)<sup>19</sup>

Nicht nur Kautskys Verdacht, Adler verrate marxistische Prinzipien, stimmte Luxemburg zu, auch Bebels und Kautskys Kritik an der österreichischen Wahlrechtskampagne als einer opportunistisch angelegten machte sie sich nur zu gerne zu ihrer eigenen. (Luxemburg an Clara Zetkin am 7. Juli 1907, in GB 2, 297)

Rosa Luxemburg beantwortete die partei- und gewerkschaftsbürokratische Distanz zum politischen Massenstreik, der allenfalls als „Vorratskanone“ im Arsenal zu halten ist, mit einem: „Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution, oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr?“ Sahen die Parteirechten in eskalierenden Massenaktionen eine Gefährdung der Partei- und Gewerkschaftsapparate, so führte Luxemburg aus: Nein, die russischen revolutionären Massenstreikaktionen lehren, dass diese die Organisationen der Arbeiterschaft, die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht nur nicht gefährden, sondern stärken, umgekehrt demoralisieren „parlamentarische Techtelmechtel“ und „Kleingeisterei“ vom Zuschnitt der belgischen Vandervelde-Taktik 1902 das Proletariat.<sup>20</sup>

Der politische Massenstreik ist vielmehr – so Rosa Luxemburgs Lehre aus der Russischen Revolution 1905 – der politische Organisator, er zieht spontan aus der sich steigernden politischen Bewegung – etwa aus Demonstrationen für das Wahlrecht, aus oft lokalen ökonomischen Lohnstreikbewegungen oder aus Aktionen für den Achtstundentag heraus – auch unorganisierte, besonders ausgebeutete, „helotische“ Arbeiterschichten in den Kampf. Er kann nicht geheim unter „Erlassung eines Diskussionsverbots“ vom Partei- und Gewerkschaftsapparat als ein „vom ‚Generalstab‘ ausgeheckter und kommandierter Überrumpelungsplan“ zu einem bestimmten Kalendertag fixiert werden, er kann deshalb auch nicht als anarchistische Generalstreikutopie „eines schönen Morgens“, als „Generalunsinn“ diffamiert werden.<sup>21</sup>

Lakonisch schrieb Luxemburg am 14. Oktober 1905 an Leo Jogiches: „Victor-Leben ist wegen Jena wütend auf mich, er zischt geradezu, wenn er von mir spricht, was mir sehr viel Freude macht.“ (GB 2, 200)

*Teil II des Beitrags folgt in der nächsten Ausgabe der „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“.*

#### Anmerkungen:

1/ Abkürzungen: BVA für Viktor Adler-Briefwechsel, GB für Rosa Luxemburg-Briefwechsel

– Vgl. generell Georg Fülberth/Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt–Neuwied 1974, 57–70 und 80–100 und/oder Karl Heinz Roth: Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. (Trikont. Schriften zum Klassenkampf 39), 2. Auflage, München 1976.

2/ Vgl. Otto Bauer: Die Akkumulation des Kapitals [„Neue Zeit“ – 1913], in: Otto Bauer, Werke 7, Wien 1979, 1015–1040. Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik (Leipzig 1921), in dieselbe: Gesammelte Werke 5, Berlin 1990, 413–523, hier 475f., 498, 502, 511f., 517, 521–523.

3/ Vgl. Otto Bauer: Sozialismus und Antisemitismus, in: *Der Kampf* 4 (1910/11 [1. November 1910], 94f. – Vgl. zur antisemitischen Kampagne wegen der „Schnaps handelnden“ jüdischen Vorfahren von Rosa Luxemburg – und im Folgenden generell Anneliese Laschitzka: Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch trotz alledem. Eine Biographie, Berlin 2000, 367–370. – Gelegentlich hatte Luxemburg Kontakt zu Adelheid Popp, deren „Erinnerungen einer jugendlichen Arbeiterin“ (1909) ihr bekannt waren. – vgl. u.a. GB 2, 18.

4/ Vgl. Hans Mommsen: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat (1867–1907), Wien 1963, 253, 256f. – Vgl. zu den Flügelkämpfen zwischen polnischen sozialistischen Organisationen, vor allem in der Frage eines wiederherzustellenden polnischen Nationalstaats, in der Frage, ob eine einzige polnische sozialistische Arbeiterpartei über alle drei – die deutsche, österreichische und russische – Teilungszonen hinweg zu errichten sei, sowie zu Luxemburgs Ablehnung des „Sozialpatriotismus“ innerhalb der „Polnischen Sozialistischen Partei (PPS)“ – und im Folgenden generell Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Frankfurt 1967, 38–56.

5/ Viktor Adler am 13. Mai 1896 an Karl Kautsky, in: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, [u.a.] gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, hrg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs, Wien 1954 (=im Folgenden abgekürzt: BVA), 207. – Vgl. Rosa Luxemburg: Neuere Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich („Neue Zeit“ 1895/96), in dieselbe: Gesammelte Werke 1/1, Berlin 1990 14–36.

6/ Vgl. Rosa Luxemburg: Der Sozialismus in Polen (1897), in dieselbe: Gesammelte Werke 1/1, Berlin 1990, 82–93, hier 89.

7/ Vgl. Rosa Luxemburg: Ausnahmezustand über Österreichisch-Galizien (Sächsische Arbeiter-Zeitung vom 13. Juli 1898), in dieselbe: Gesammelte Werke 1/1, Berlin 1990, 226f. und Rosa Luxemburg: Galizische Wahlagitation (Leipziger Volkszeitung vom 7. Juli 1911), in dieselbe: Werke 2, Berlin 1990, 560–565.

8/ Rosa Luxemburg am 15. September 1903 an Leo Jogiches, in Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, 5 Bände, Berlin 1982–1984 (=im Folgenden: GB 1, GB 2, ...), Band 2, 38.

9/ Victor Adler: Revisionismus und Reformismus. der Stuttgarter Parteitag („Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Oktober 1898), in dieselbe: Der Aufbau der Sozialdemokratie. (=Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe VI/1), Wien 1929, 222–229, hier 228.

10/ Rosa Luxemburg: Zum kommenden Parteitag (Leipziger Volkszeitung 14.–16. September 1899), jetzt in dieselbe: Gesammelte Werke 1/1, Berlin 1990, 516–536, hier 526, 528, 530.

11/ Victor Adler: Bernsteins Theorie und Taktik („Arbeiter-Zeitung“ vom 2. April 1899), in dieselbe: Der Aufbau der Sozialdemokratie. (=Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe VI/1), Wien 1929, 229–238, hier 236.

12/ Viktor Adler: Das Wiener Programm. Unmaßgebliche Betrachtungen („Neue Zeit“ 19/Nr. 51, 1901), jetzt in dieselbe: Der Aufbau der Sozialdemokratie. (=Viktor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe VI/1), Wien 1929, 301–308. – 1899 hatte Viktor Adler sogar von Bernsteins gewerkschafts- und kommunalsozialistischen Ideen lernen wollen: „Seine Kapitel über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsgenossenschaften und der Gewerkschaften und über den Kommunalsozialismus wird, so viel Bekanntes sie enthalten, niemand ohne wirkliche Förderung und Anregung lesen.“

13/ Zu Viktor Adlers „versöhnlerisch“ moderater Kritik an Bernsteins Revisionismus vgl. Peter Kulemann: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1982, 111–114.

14/ Hier und im Folgenden kurz „1/1, ...“ Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz oder Militarismus (Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung, Leipzig 1899), jetzt in dieselbe: Werke 1/1, Berlin 1990,

367–466. Viktor Adlers Beiträge zum Revisionismusstreit wurden von Rosa Luxemburg in „Sozialreform oder Revolution?“ übrigens trotz Kenntnis nicht zitiert.

15/ Vgl. den Arbeiterradikalismus gegen die Viktor-Adler'sche Parteihistoriographie rehabilitierend Anna Staudacher: Sozialrevolutionäre und Anarchisten. Die andere Arbeiterbewegung vor Hainfeld. Die radikale Arbeiter-Partei Österreichs (1880–1884), Wien 1988.

16/ Vgl. Franz Mehring: Ein dunkler Maitag (1902), jetzt in dieselbe: Politische Publizistik 1891 bis 1904. (=Gesammelte Schriften 14), Berlin 1972, 464–468.

17/ Vgl. Rosa Luxemburg: Das belgische Experiment (1902), in dieselbe: Gesammelte Werke 1/2, Berlin 1974, 212–219. Zuvor auch Rosa Luxemburg: Die Ursache der Niederlage (Leipziger Volkszeitung vom 22. April 1902), in dieselbe: Gesammelte Werke 1/2, Berlin 1974, 208–211: „Die Masse wollte ausharren, sie war zu jedem Opfer bereit, die Führer erklärten selbst die Fortsetzung des Generalstreiks für absolut notwendig, aber die Bourgeoisie beschloss: Waffen nieder! Und die Sozialisten parierten aufs Kommando der ‚Alliierten‘.“

18/ Vgl. Rosa Luxemburg: Und zum dritten Male das belgische Experiment (1902), in dieselbe: Gesammelte Werke 1/2, Berlin 1974, 229–248.

19/ Vgl. Adlers Beiträge zur General-/Massenstreikdiskussion 1905 Viktor Adler: Internationale Taktik. (=Aufsätze, Reden und Briefe 7), Wien 1929, 118–137.

20/ Vgl. dazu Rosa Luxemburg: Rede über die erste russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 23. September 1905 in Jena, in dieselbe: Gesammelte Werke 1/2, Berlin 1974, 601–603.

21/ Vgl. Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (Hamburg 1906), jetzt in dieselbe: Gesammelte Werke 2, Berlin 1990, 91–170.



## Neuerscheinung

Peter Goller: **„Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, ...“** Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934. Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 10)

112 S., 8,- Euro, ISBN 978–3–9501986–6–9

Viktor Adler hat 1908 bedauert, dass die „notwendigsten Vorarbeiten für ein eindringendes Verständnis der Geschichte der proletarischen Bewegung fehlen“: „Während der Schlacht ist es schwer, Kriegsgeschichte zu schreiben, (...)“ Die bürgerliche Geschichtswissenschaft an den österreichischen Universitäten ignorierte das Thema. Vielmehr entstanden die ersten historischen Rückblicke am Ende des 19. Jahrhunderts zur eigenen Selbstverständigung, zum „Behelf der Agitation“ aus der sozialdemokratischen und auch aus der „anderen“ radikalen Arbeiterbewegung selbst. Wichtige erste Beiträge zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung lieferten etwa Carl Grünberg, Ludwig Brügel, Julius Deutsch, Emil Strauß oder August Krcal.

*Bezugsmöglichkeit: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)*

# „Burgenlandschicksal 1922–1938“

## Zur Sonderausstellung des Landes Burgenland auf Burg Schlaining

Die verstärkte Beschäftigung der Kulturabteilung der burgenländischen Landesregierung mit zeitgeschichtlichen Themen der Landeshistorie ist seit dem „Jubiläumsjahr“ 2005 und der hier eröffneten Sonderausstellung im Burgenländischen Landesmuseum („*Russenzeit. Befreiung 1945 – Freiheit 1955*“) bemerkbar. Seither haben sich jährlich Sonderausstellungen mit unterschiedlicher thematischer Schwerpunktsetzung abgewechselt: 2006 folgte – mit eher unglücklicher Bezeichnung – „*Vom Traum zum Trauma. Der Ungarnaufstand 1956*“, im Jahr 2007 „*Schattendorf 1927. Demokratie am Wendepunkt*“ und schließlich im letzten Jahr, anlässlich des 70. Jahrestages des Anschlusses Österreichs an Hitler-Deutschland, „*Der Weg zum Anschluss. Burgenlandschicksal 1928–1938*“. Die letzten beiden Ausstellungen werden nun ohne inhaltliche Modifikation zu einer Sonderausstellung unter dem Titel „*Burgenlandschicksal 1922–1938*“ auf Burg Schlaining, dem Standort des international renommierten *Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung* sowie des *Europäischen Museums für Frieden*, zusammengezogen und ab April der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Gemeinsam mit der für November geplanten Ausstellung im Burgenländischen Landesmuseum zu den Ereignissen von 1989 bilden sie die zentralen Bestandteile des diesjährigen zeit-historischen Ausstellungsprogrammes von offizieller Landesseite.

Die gesamte Zeitspanne der Zwischenkriegszeit im Burgenland, das aufgrund der komplexen staatspolitischen Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg erst 1921/22 in österreichische Verwaltung übergang, im Rahmen einer Ausstellung abdecken zu wollen, ist dabei eine durchaus ambitionierte Zielsetzung, die die Kuratoren verfolgen. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen darum (ebenso wie in den im Vorfeld erstellten Begleitbänden) die Darstellung der politischen Konfliktgeschichte des Burgenlandes und deren Einbettung in den Kontext der gesamt-österreichischen Entwicklung. Der Schwerpunkt liegt hier nicht in einer umfassenden historischen Problematisierung, sondern in der Wiedergabe der wichtigsten Fakten und in der teils minutiösen Recherche einzelner Tagesereignisse (so etwa des 30. Jänner 1927 in

Schattendorf bzw. 11. März 1938 in Eisenstadt). Ausstellung und Begleitbände werden jeweils von kurzen historischen Überblicken über den behandelten Zeitabschnitt und seine wichtigsten politischen Schlaglichter eingeleitet. Der didaktische Aspekt steht immer im Vordergrund; ihm wird sowohl mit kurzen biografischen Darstellungen der wichtigsten



Akteure Rechnung getragen als auch mit Zeittafeln oder dem Abdruck von Originaldokumenten bzw. historischem Bildmaterial. Hier, im Konzept einer gewissen Publikumsfreundlichkeit, liegt auch die dezidierte Stärke der Arbeit. Leider währt die Freude darüber nicht lange, wenn man etwas ins Detail geht.

Zentrale These der Ausstellung ist etwa die Deutung der burgenländischen Zwischenkriegszeit als eine Art „Niederlage“ für die österreichische Demokratie. Der Demokratiebegriff bzw. die unterschiedlichen Deutungen, die ihm von den einzelnen politischen Lagern beigegeben wurden, verschwindet jedoch unspezifiziert zugunsten eines Interpretationsrasters, das etwa die Ereignisse von Schattendorf als Ausdruck einer generellen „Militarisierung der politischen La-

ger“ und „vermehrte(n) Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft durch paramilitärische Verbände“ (Vorwort Landesrat Bieler, *Schattendorf 1927*, S. 4) begreift. Historische Ursachenforschung soll nicht betrieben werden; über den Abwehrkampf der in dieser Zeit zum größten Teil in der SDAP organisierten burgenländischen und österreichischen Arbeiterbewegung gegen eine immer repressiver auftretende bürgerliche Reaktion wird kein Wort verloren. Vielmehr geht es um die deskriptive Darstellung der Ereignisse, die am 30. Jänner 1927 schließlich zu den Schüssen von Schattendorf als ihrem „tragischen Höhepunkt“ (*Schattendorf 1927*, S. 5) führten. Schattendorf wird zur „Katastrophe“ stilisiert und zum Beginn einer „Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik“, die schließlich in die „Selbstausschaltung“ des Parlaments und den Bürgerkrieg von 1934 eingemündet habe (Einladungsfolder *Burgenlandschicksal 1922–1938*). In diesem Kontext wirkt auch die auszugsweise Wiedergabe eines Briefes des kürzlich verstorbenen Fred Sinowatz an Josefa Trimmel-Tscharmann, der Tochter des im Prozess angeklagten Hieronymus Tscharmann, gleichermaßen tendenziös wie schlüssig: „Es war“, so Sinowatz“, „jedenfalls eine tragische Verstrickung, die den Beginn des Zerfalls der Demokratie in Österreich bedeutete. Mehr kann ich dazu in einem kurzen Brief nicht darlegen – meine Anteilnahme gilt jedenfalls allen Opfern dieser schicksalshaften Zeit.“ (*Schattendorf 1927*, S. 32) Republikgeschichte wird so den realen historischen Akteuren und deren politischen Zielsetzungen entzogen und darf nur mehr innerhalb der Kategorien „Opfer“ oder „Schicksal“ Geltung beanspruchen. Auch Täter gibt es keine mehr, wie auch schon in der Formulierung des Einladungsfolders zur Sonderausstellung ersichtlich wird: Der Schutzbündler Matthias Csmarits und der sechsjährige Josef Grössing wurden nicht erschossen, sondern „fanden [...] den Tod“. Hier wird von den Ausstellungsmachern und Autoren der gleichnamigen Begleitbände sichtbar versucht, die bis heute unterschiedlichen Interpretationen der Ereignisse auf einen – etwas polemisch formuliert – großkoalitionären Nenner zu bringen und aufzulösen.

Dies wird auch im zweiten Teil der

Ausstellung, der sich den Ereignissen von 1928–1938 widmet, durchgeführt. Auch hier kam es am 12. Feber 1934 zur „Katastrophe“ (*Der Weg zum Anschluss*, S. 25). Penibel wird in der Ausstellung auch die Bezeichnung des unter Dollfuß etablierten politischen Systems als faschistische Herrschaftsformation vermieden (zwar spricht der Einladungsfolder von „Austrofaschismus“, setzt den Begriff aber in Anführungszeichen und vollzieht somit implizit seine Relativierung). Die Autoren sprechen von einem „autoritären Ständestaat“, den man mittels neuer Verfassung zu legitimieren versucht habe. Erst später, in Verbindung mit der Darstellung der teils drastischen Verfolgungsmaßnahmen des Regimes gegen die Aktivisten der Arbeiterbewegung, erfolgt im Begleitband auch die Kennzeichnung als „austrofaschistischer Ständestaat“ (*Der Weg zum Anschluss*, S. 35).

Begleitband und Ausstellungsinhalt weisen zudem nicht selten unterschiedliche Akzentuierungen auf, die manches Mal nicht unproblematisch sind. So erscheint es nicht einleuchtend und als Zugeständnis an politische Opportunitäten, im Begleitband zwar den Widerstandskampf der burgenländischen Kommunisten gegen das austrofaschistische Regime in durchaus angemessener Breite darzustellen, in der Ausstellung aber nur die „Widerstands-Biografie“ des Sozialdemokraten Johann Szoldatics anzuführen. Überhaupt gerät die Darstellung des Widerstandes sowohl gegen den Austrofaschismus als auch gegen das Hitlerregime in der Ausstellung viel zu kurz. Als besonders hinterfragbar erscheint in diesem Kontext, dass im Begleitband zum zweiten Teil sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand gegen Hitler in einem Atemzug genannt werden (*Der Weg zum Anschluss*, S. 75). Wenn in weiterer Folge nur noch, ohne weitere Differenzierung, von „Widerstandsgruppen“, im besten Falle noch von „linken Widerstandsgruppen“ gesprochen wird, so verklärt dies die Geschichte in Richtung einer gemeinsamen Abwehrfront der illegalisierten Arbeiterbewegung, die die Passivität des überwiegenden Teils der sozialdemokratischen Parteigänger im Burgenland vollkommen ausblendet und den überwiegenden Anteil der Kommunisten an diesem Widerstandskampf gleichzeitig relativiert. Hier ordnet sich auch der von den Autoren attestierte Beginn einer „Volksfront gegen Hitler“ (*Der Weg zum Anschluss*, S. 41f.) im Burgenland in den letzten Tagen vor dem 11. März 1938 ein, der die ambiva-

lente Haltung der Sozialdemokratie gegenüber Kommunisten auf der einen und Austrofaschisten auf der anderen Seite vollkommen ausklammert. Dass der zu diesem Anlass produzierte Kurzfilm über die Märztage des Jahres 1938 dann den Protest der Sowjetunion mit keinem Wort erwähnt, stellt nur eine Marginalie dar, passt sich jedoch nahtlos in das Gesamtgefüge ein.

Wenngleich der Rahmen einer Ausstellung gewissen Sachzwängen unterworfen ist und auch in den Begleitbänden manche Themen nur angerissen werden können, darf man sich doch eine sachlich fundiertere und ausgewogenere Darstellung erwarten. So lässt das Bemühen, bei vielen strittigen Fragen nur ja nirgends anzuecken, die Grundintention der Kuratoren und Autoren, einen Anstoß zur Weiterentwicklung und auch Vermittlung zeitgeschichtlicher Themenstellung der burgenländischen Landesgeschichte zu geben, leider etwas verblassen und verkehrt sie manches Mal sogar in ihr Gegenteil.

MARTIN KRENN

*Konsens und Konflikt. Schattendorf 1927 – Demokratie am Wendepunkt. Begleitband zur Ausstellung. (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 119). Eisenstadt 2007.*

*Der Weg zum Anschluss. Burgenlandschicksal 1928–1938. Begleitband zur Ausstellung. (= Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Bd. 125). Eisenstadt 2008.*

*Heimo Halbrainer, Gerald Lamprecht, Ursula Mindler: Unsichtbar. NS-Herrschaft: Verfolgung und Widerstand in der Steiermark. Graz: CLIO 2008, 312 S., Bestellungen an: verlag@clio-graz.net*

Nach einleitender Darlegung der Geschichte der ersten Republik, die nach einer kurzen Phase der sozialen Revolution 1918/19 im Zeichen der bürgerlichen, sich des Faschismus bedienenden Restauration, also im Zeichen von Sozialabbau und der schrittweisen Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse bis hin zum 12. Februar 1934 stand, stellen die Autoren den Repressionsapparat des lokalen NS-Regimes und die ns-faschistische „Machtergreifung“ in der Steiermark 1938 mit all ihren Methoden dar: Judenverfolgung, Pogrome, Roma- und Sinti-Verfolgung, „Volksfeinde“, „Asoziale“-Markierung bei gleichzeitiger „Volksgemeinschafts“-Propaganda,

„Arisierungen“, Zwangsarbeit, etc.

Entgegen dem Buchtitel „*unsichtbar*“ ist es eines der großen Verdienste des Autorenteam, den bestialisch agierenden Unterdrückungsapparat der Polizei und der Justiz konkret namentlich sichtbar gemacht zu haben, so etwa über die Biographien der steirischen Gestapo-Folterknechte (112–121, vgl. auch 55, 60, 87, 162f.). Das Buch – zugleich umfangreich dokumentierter, begleitender Ausstellungskatalog – zeigt ferner auf, dass viele faschistische Kader und zahlreiche nazistische Propaganda- und Verfolgungsideologien über die Befreiung von 1945 hinaus „kontinuierlich“ wirksam blieben.

Die beiden Autoren und die Autorin beschreiben detailliert den gesamten steirischen Widerstand, den Alltagswiderstand, den religiösen, oft österreichisch patriotisch motivierten Widerstand über die politischen Lager hinweg.

Die Leser und Leserinnen der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* sollen an Hand von einigen bekannten Namen auf den Buchabschnitt über den kommunistischen und sozialistischen Arbeiterwiderstand hingewiesen werden (203–234): Luise Reiter, Richard Zach, Elisabeth Sinic, August Pirker, Anton Buchalka, Dr. Franz Weiß, Karl Drews, Josef Neuhold, Herbert Eichholzer, Franz Hiebler, Maria Cäsar-Kreth, die Partisanen in der Obersteiermark von Sylvester Heider, über Sepp Filz zu Max Muchitsch, die Koralm partisanen, die Steirer im österreichischen Bataillon, und viele weitere Biographien und Schicksale von Genossen und Genossinnen mehr.

Die wichtige Arbeit von Halbrainer, Lamprecht und Mindler, die erstmals (!) vor allem den Widerstand in der Steiermark systematisch zusammenfasst, schließt mit einer Bücherliste, die alle Literatur zum Thema umfasst und alles Bild- und Quellenmaterial verzeichnet. Weitere Informationen unter: [www.clio-graz.net](http://www.clio-graz.net).

PETER GOLLER

### Gedenkveranstaltung für Thomas Schönfeld



**Chemisches Institut,**  
Hörsaal 2  
Währinger  
Straße 42,  
1090 Wien

Donnerstag, 14.5.2009, 16.00



**Alfred Klahr Gesellschaft**  
Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

## Buchpräsentation

Hans Hautmann (Hg.):

### „Wir sind keine Hunde“

Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien

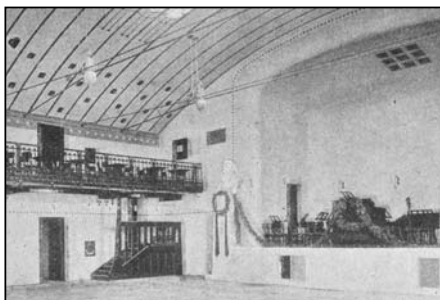
Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009

(Quellen & Studien, Sonderband 11), 112 S., 8,- Euro

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**

(Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz)



Donnerstag, **9. April 2009**, 19.00

**Café 7Stern 7★STERN**

Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Die beiden im Buch wiedergegebenen und mit einer Einleitung versehenen Dokumente aus der Zeit des Ersten Weltkriegs in Österreich sind drastische Beispiele dafür, zu welchen Resultaten die Ausbeutung arbeitender Menschen im kapitalistischen System führen kann. Da sich in manchen Bereichen der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit die einstigen Zustände den heutigen bereits wieder annähern, kann die Lektüre der Dokumente neben dem historischen auch aktuellen Erkenntniswert für sich beanspruchen.

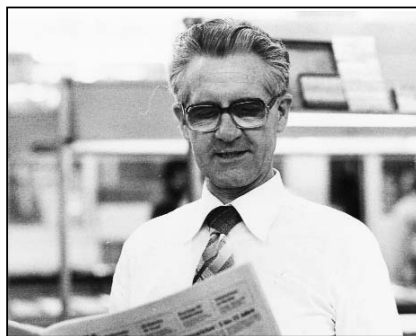
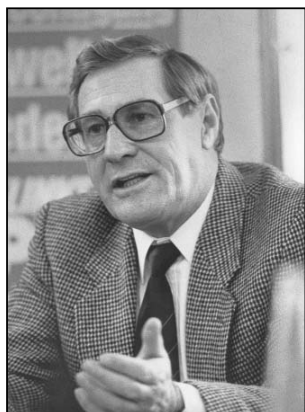
Die beiden im Buch wiedergegebenen und mit einer Einleitung versehenen Dokumente aus der Zeit des Ersten Weltkriegs in Österreich sind drastische Beispiele dafür, zu welchen Resultaten die Ausbeutung arbeitender Menschen im kapitalistischen System führen kann. Da sich in manchen Bereichen der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit die einstigen Zustände den heutigen bereits wieder annähern, kann die Lektüre der Dokumente neben dem historischen auch aktuellen Erkenntniswert für sich beanspruchen.

## Nachrufe

Nach schwerer Erkrankung ist **Anton Hofer** am 14. Februar 2009 im 82. Lebensjahr verstorben. Als Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Linksblocks, als niederösterreichischer Arbeiterkammerrat und Mitglied der Leitung des Weltgewerkschaftsbundes, als Bezirkssekretär der KPÖ in Mistelbach und Gänserndorf sowie als Mitglied ihres Zentralkomitees und Politbüros standen für ihn die Anliegen der arbeitenden Menschen stets im Mittelpunkt seines Wirkens.

1993 unterstützte er die Gründung der Alfred Klahr Gesellschaft und gehörte

bis 2005 – bis zu seinem Wunsch auf eigenen Wunsch hin erfolgten Ausscheiden – ihrem Vorstand an.



Am 1. März 2009 ist **Hans Kalt** im 87. Lebensjahr in Wien gestorben. Kalt gehörte seit 1961 dem ZK der KPÖ an und war für sie als Abgeordneter im Kärntner Landtag, als Sekretär des Zentralkomitees, Chefredakteur der *Volksstimme* und Vorsitzender der Finanzkommission tätig. Bis 1990 gehörte er dem Politischen Büro der KPÖ an.

Seit den 1990er Jahren war Kalt auf dem ökonomischen Gebiet vor allem publizistisch tätig. Der Alfred Klahr Gesellschaft gehörte Kalt seit ihrer Gründung im Jahr 1993 als Mitglied an und war auch in den *Mitteilungen* als Autor präsent.

### Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Peter Goller, Hans Hautmann, Martin Krenn, Gerhard Oberkofler, Willi Weinert

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: [klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)

Internet: [www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

## In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir alljährlich nicht nur mit einer weiteren Erhöhung der Posttarife, sondern mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein Jahresabonnement zum Preis von 4,4- Euro (vier Ausgaben) bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Bitte überweisen Sie diese Summe auf das Konto der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT (PSK 92023930, BLZ 60.000) bzw. senden Sie uns ein E-Mail ([klahr.gesellschaft@aon.at](mailto:klahr.gesellschaft@aon.at)) mit dem Subject „Abonnement“. Wir lassen Ihnen in diesem Fall umgehend einen Erlagschein zukommen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse an unserem Periodikum!